

**STUTTGART  
MADE IN  
EUROPE**

**Volt**

# Kommunalwahlprogramm Stuttgart 2024

Der politische Handlungsbedarf für unsere Stadt ist enorm und Stuttgart steht Herausforderungen gegenüber, die aktiv angegangen werden müssen. Stuttgart kann so viel mehr! Sei es beim Zustand der Digitalisierung und der Radwege, fehlenden Kitaplätzen, langen Wartezeiten in den Behörden, verstopften Straßen, den Mietpreisen, dem gesellschaftlichen Zusammenhalt oder der Attraktivität unserer Stadt! Die Stuttgarter Kommunalpolitik muss beweisen, dass sie in der Lage ist, sich den großen Herausforderungen zu stellen und Veränderungen zu bewirken. Stuttgart braucht optimistische Politiker\*innen, welche bereit sind, mutige und pragmatische Entscheidungen zu treffen. Volt Stuttgart bietet die Bereitschaft, Experimente zu wagen und dabei Fehler zu machen und für diese Verantwortung zu übernehmen. Es braucht eine Politik, die Ihrer Verantwortung gerecht wird, die Verwaltung zu kontrollieren, diese aber auch gleichzeitig dazu befähigt, Veränderungen anzustoßen.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1 Bürger*innen- &amp; Jugendbeteiligung</b>	<b>5</b>
<b>2 Freizeit, Kultur, Sport und Tourismus</b>	<b>7</b>
Raum für Freizeit	7
Freizeit für alle	8
<b>3 Mobilität</b>	<b>11</b>
ÖPNV attraktiver gestalten	11
Vernetzung von Shared Mobility	13
Fahrradmobilität ausbauen	14
Güter- und Lieferverkehr neu denken	15
<b>4 Nachhaltige und sichere Energieversorgung und Infrastruktur</b>	<b>17</b>
Regenerative und autarke Energieversorgung	17
Sicheres und funktionsfähiges Stromnetz	18
Kleinteiliges Ladenetz für eMobility	18
Einrichtung von Energieclouds	19
<b>5 Städtebau und Wohnen</b>	<b>20</b>
Quartiere der kurzen Wege	20
Klimaresilientes und ökologisches Stuttgart	22
Wohnraum für Alle	23
<b>6 Unsere soziale Stadt</b>	<b>25</b>
Gelungene Migration	29
Stuttgart ist vielfältig	31
Jüdisches Leben in Stuttgart schützen	32
Barrieren für Menschen mit Behinderungen abbauen	33
Geschlechtergerechtigkeit schaffen	35
Rechte von LGBTIQ+ stärken	35
Gesundheit	36
Zukunftsfähige Pflege	36
Nah und gut: Community Health Center	37
Vorsorge ist besser als Nachsorge	39
Medizinische Versorgung	40
Kostenfreie Menstruationsartikel	40
Umgang mit Suchtproblemen	40
<b>7 Stuttgart als Europastadt</b>	<b>41</b>
Erleichtertes Ankommen für EU-Bürger*innen	42
Städtepartnerschaften leben	43

<b>8 Klima/Nachhaltigkeit/Umweltschutz</b>	<b>45</b>
Mehr Grün in Stuttgart	45
Wasserverbrauch senken, Wasserbewusstsein stärken und Schwammstadt schaffen	45
Landwirtschaft regional und innovativ	46
<b>9 Die moderne Verwaltung für alle (on- &amp; offline)</b>	<b>47</b>
Stuggi-App	47
Digitalisierung der Verwaltung: Bürgerbüros entlasten	47
Aufbau digitaler Kompetenzen & eAkte	48
Die BundID als einheitliches Benutzerkonto	48
Kein Mensch wird vergessen	48
Monitoring der Fortschritte bei der Verwaltungsdigitalisierung	49
Stuttgart: ein attraktiver Arbeitgeber	49
Aufbau digitaler Kompetenzen bei Bürger*innen	50
Digitalisierung der Bildung	50
Digitalisierung von Stadträten	50
Informationssicherheit	51
Netzausbau	51
Breitbandausbau	52
Öffentliches WLAN und LoRaWAN	52
Smart-City	53
Umsetzung von Projekten	53
Open Data & Open Source	53
Veröffentlichung von kommunalen Daten	54
<b>10 Bildung</b>	<b>55</b>
Frühkindliche Bildung	55
Bildungsangebot diversifizieren und ausweiten	55
Kinderbetreuung verfügbar und bezahlbar machen	56
Ausstattung und Struktur der Schulen	57
Schulgebäude und Lerninfrastruktur auf Höhe der Zeit halten	57
Personalengpässen in Schulen vorbeugen	58
Attraktive schulische Rahmenbedingungen schaffen	58
Inklusion	58
Berufliche Ausbildung	59

## 1 Bürger\*innen- & Jugendbeteiligung

Wir engagieren uns für eine lebendige und demokratische Einwohner\*innengesellschaft in Stuttgart. Die Stuttgarterinnen und Stuttgarter sind in ihrem Alltag unmittelbar von Entscheidungen der Kommunalpolitik betroffen und zugleich Expert\*innen für ihre kommunale Lebenswelt. Dennoch haben Einwohner\*innen zu oft das Gefühl, ihre Meinung werde nicht gehört und über ihre Köpfe hinweg entschieden. Darunter kann das Vertrauen in unsere Demokratie leiden. Durch eine faire und transparente Beteiligung von Einwohner\*innen an den politischen Prozessen kann eine höhere Akzeptanz und Umsetzungsbereitschaft für Maßnahmen entstehen. Daher sollten sie aktiv und wirksam in die Entscheidungsfindung einbezogen werden und Möglichkeiten zur Mitbestimmung haben. Sie können mit ihren Ideen die Entscheidungsqualität der öffentlichen Verwaltung sowie des Stadt- oder Gemeinderates bereichern. Damit sich Einwohner\*innen mit ihren Ideen aktiv einbringen können, muss politische Teilnahme leicht, verständlich und wirksam sein. Kommunalpolitik muss auf Augenhöhe stattfinden – zwischen gewählten Vertreter\*innen und der Stadtgesellschaft.

- Über das **digitale Beteiligungsportal “Stuttgart - meine Stadt”** können sich die Menschen in unserer Stadt bereits informieren, wie sie sich politisch beteiligen und mitgestalten können und in welcher Form sie sich bei welchen Projekten beteiligen können. Das Angebot wird ausgebaut, deutlich bekannter gemacht und um mehr digitale Beteiligungsmöglichkeiten ergänzt.
- Stuttgart soll eine **eigene Informationsfreiheitsatzung** verabschieden. Damit verpflichtet sich die Stadt Stuttgart zur Informationsherausgabe.<sup>1</sup>
- Alle **Rats-, Gemeinde- sowie Ausschusssitzungen** werden **live** auf der Homepage der Stadt Stuttgart **übertragen** und können so von allen Einwohner\*innen verfolgt werden.
- Wir wollen die **Beteiligung der Einwohner\*innen am kommunalen Haushalt** ausbauen, indem „**Einwohner\*innenbudgets**“ im Rahmen einer partizipativen Haushaltsplanung eingerichtet werden, über deren Verwendung die Einwohner\*innen selbst entscheiden können. Der

<sup>1</sup> Best Practice: [München - Informationsfreiheitsatzung](http://stadt.muenchen.de) (stadt.muenchen.de)

“Bürgerhaushalt Stuttgart” ist zu unverbindlich. Ein festes Budget würde helfen, die Akzeptanz des Bürgerhaushalts zu fördern. Gleichzeitig soll die Möglichkeit erhalten bleiben, auch große Projekte, die das Budget überschreiten würden, einzureichen.

- Wir unterstützen **Einwohner\*innenräte wie den “Bürgerrat Klima”<sup>2</sup>**. Sie bieten einen Diskussionsraum für die Menschen, der den Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft verbessert.

Junge Menschen sind politisch und setzen sich immer stärker für ihre Interessen ein, wie bspw. bei Fridays for Future. Besonders sorgen sich junge Menschen um ihre Zukunft, Bildung und um den Klimawandel. Dabei fühlen sie sich von der Politik weder gehört noch ernst genommen und sehen kaum Möglichkeiten zur Mitwirkung an politischen Entscheidungen. Wir wollen Stuttgart kinder- und jugendgerecht gestalten. Wir wollen die politische Beteiligung von jungen Menschen sowie die Rechte von Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt stärken.

- Wir setzen uns für einen starken **Jugendrat mit echten Mitwirkungs- und Mitspracherechten** ein.
- Volt unterstützt die **Förderung von Jugendinitiativen** wie z.B. Team Tomorrow in finanzieller, struktureller und personeller Form (z.B. Schaffung von Stellen, Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten, etc.).

---

<sup>2</sup> [Bürgerrat Klima](https://www.stuttgart.de/buergerrat-klima) (stuttgart.de)

## 2 Freizeit, Kultur, Sport und Tourismus

Freizeitgestaltung ist ein wichtiger Aspekt des täglichen Lebens und dient sowohl dem Wohlbefinden der einzelnen Person als auch dem gesellschaftlichen Zusammenhalt einer Region. Unabhängig ob in einem Verein oder individuell, ob als aktive\*r Teilnehmer\*in oder passiver Gast sind Freizeitstätten immer auch Orte der Begegnung. Es ist eine wichtige Aufgabe von Kommunen, diese Orte für alle Bürger\*innen gleichwertig zu gestalten und zugänglich zu machen.

### Raum für Freizeit

Wir unterstützen den Erhalt und die Entwicklung von Kultur- und Freizeitstätten, um die regionalen Möglichkeiten für Kultur, Freizeit und Standortmarketing zu entwickeln.

- Unser Ziel ist der **Erhalt und die Schaffung freizeithlich genutzter Räume** durch eine bedarfsgerechte Förderung.
- Beim Neubau sowie bei der Sanierung bestehender Kultur- oder Sportstätten setzen wir auf den Einsatz umweltfreundlicher, nachhaltiger Materialien und effizienter Energienutzung. Insbesondere der Einsatz von Photovoltaik und effektive Möglichkeiten der Kraft-Wärme-Kopplung werden dabei berücksichtigt.

Besonderes Augenmerk legen wir auf die Zugänglichkeit dieser Orte. Sie sollen sowohl digital als auch nachhaltig mit verschiedenen Verkehrsträgern erreicht werden können.

- Die **Einrichtungen und Räume** werden allen Nutzer\*innen gleichermaßen **kostengünstig und in ausreichender Zahl** zur Verfügung gestellt.
- Die **Anreise zu den Freizeitorten soll intelligent gesteuert** werden, um allen Menschen den Besuch zu ermöglichen und damit die Kultur-, Sport- und Tourismuswirtschaft zu stärken.
- Eine **Übersicht und Buchungsoption für öffentliche Veranstaltungs-, Kultur- und Sporträume** soll über die von Volt Stuttgart vorgeschlagene **Stuggi-App** ([siehe Kapitel 9](#)) ermöglicht werden. So ist es Bürger\*innen

einfach und günstig möglich, z.B. Sportgemeinschaften, Buchclubs, etc. zu veranstalten. Ein positives Beispiel ist die Sportbox in Münster<sup>3</sup>.

Um den Sport im Freien noch variantenreicher zu gestalten und abseits von ggf. teuren Fitnessstudios das Angebot zu erhöhen, bieten sich Sportboxen an. Dabei handelt es sich um eine fest installierte, wetterfeste Box, in der verschiedene Geräte wie Kurzhanteln, Bälle, Gymnastikbänder und andere Sportgeräte untergebracht werden. Nach einer Registrierung können Nutzer\*innen die Box per App öffnen und Geräte entnehmen. Kameras im Innern überwachen die Entnahme und Rückgabe.

Ein wichtiger Baustein beim Erhalt der bestehenden Freizeiteinrichtungen und der Schaffung weiterer Freizeitorte ist die Unterstützung und Wertschätzung der Beschäftigten in diesem Bereich. Insbesondere Freischaffende, aber auch Ehrenamtliche standen gerade in den vergangenen Jahren vor großen Herausforderungen.

- Wir setzen uns für die **Schaffung nachhaltiger und krisensicherer Arbeitsplätze** in sämtlichen Freizeitbereichen ein.
- **Freischaffende** sollen durch kommunale Förderprogramme und gezielte Arbeitsangebote (z.B. Schulprojekte) in ihrer Tätigkeit auch **langfristig unterstützt** werden.
- Volt Stuttgart setzt sich für eine **Sicherung der Zukunft der Stuttgarter Waldheime** ein.

## Freizeit für alle

Wir setzen uns dafür ein, dass niemand von Freizeitgestaltungen ausgeschlossen wird. Sport und Kultur müssen für alle bedingungslos und gleichwertig nutzbar sein. Dazu gehört auch, dass frühzeitig begonnen wird, notwendige Fähigkeiten zu erlangen und ein Bewusstsein zu wecken.

Der Schulsport nimmt hierbei eine wichtige Rolle ein. Wir unterstützen daher die enge Verzahnung zwischen Schulen, Vereinen und anderen Sportanbietenden. Gerade im Schwimmsport ist die Befähigung von Bedeutung. Das Erlangen der Schwimmfähigkeit dient dabei der Sicherheit und schützt vor dem Ertrinken.

- Deshalb setzen wir uns für ein **umfangreiches Angebot an Schwimmunterricht** ein. In Kooperation mit den Schulen sollen vor allem

---

<sup>3</sup> Best Practice: [Münster - Sportbox](#) (wn.de)

Kinder früh mit dem Element Wasser in Berührung kommen und das Schwimmen erlernen.

- Auch regelmäßige **Schwimmkurse für erwachsene Nichtschwimmer\*innen** sollen angeboten werden.

Im Bereich Kunst und Kultur möchten wir die Integration kultureller Inhalte auch in Schulen gezielt fördern.

- Wir unterstützen die Einbindung von freischaffenden Künstler\*innen in den Unterricht und in außerschulische Projekte. Gleichzeitig entstehen so sichere Arbeitsplätze für Kunstschaffende und eine Entlastung des Lehrpersonals.

### **Best Practice: Regensburg (Zirkusschule)**<sup>4</sup>

Die Zirkusschule Regensburg bietet für Schulen die Möglichkeit, eine Projektwoche zum Thema Zirkus durchzuführen. Dabei ergeben sich viele positive Effekte für die teilnehmenden Kinder bzw. Schüler\*innen. Neben der Verbesserung motorischer Fähigkeiten lernen die Kinder ein besseres Sozialverhalten und Zusammenarbeit in der Gruppe. Durch Applaus und Anerkennung wird das Selbstbewusstsein der Kinder zusätzlich gestärkt.

Für die Lehrer\*innen ergeben sich neue Einblicke in das Wesen ihrer Schüler\*innen.

Auch außerhalb von Schulen möchten wir das Angebot außerschulischer Kultur- und Sportangebote wie Museen, Musikschulen, Kunstkurse, Theater-AGs, Fußball oder Schwimmkurse als Freizeitangebot der Stadt Stuttgart gezielt ausbauen und fördern.

- Um Bürger\*innen eine bessere Teilhabe an bestehenden Angeboten zu ermöglichen und besonders einkommensschwachen Familien Zugang zu schaffen, unterstützen wir **flächen- und einrichtungsübergreifende Jahreskarten oder „Kulturtickets“**.
- Wir setzen uns für **Freizeitstätten** ein, die so gestaltet sind, dass **Menschen mit Behinderung** gleichermaßen an den Angeboten **teilhaben** können.

### **Best Practice: Essen (Kulturticket)**<sup>5</sup>

In Essen (und vielen anderen Städten Deutschlands) haben Studierende die Möglichkeit, für einen Preis von 1 € an vielen Kulturveranstaltungen des städtischen Theaters und der Philharmonie (TUP) teilzunehmen. Die Initiative stellt eine Kooperation zwischen der TUP und der örtlichen Studierendenvertretung (AStA) dar.

---

<sup>4</sup> Best Practice: [Regensburg - Zirkusschule](http://zirkusschule-regensburg.de) (zirkusschule-regensburg.de)

<sup>5</sup> Best Practice: [Essen - Kulturticket](http://theater-essen.de) (theater-essen.de)

## **Best Practice: Lüdinghausen (Inklusiver Fitness Hot-Spot)<sup>6</sup>**

2022 eröffnete in Lüdinghausen ein barrierefreier Calisthenics Park. Dieser setzt sich von anderen Anlagen dadurch ab, dass er komplett barrierefrei ist. Die einzelnen Stationen sind durch Rollstuhlfahrende und Menschen mit Sehbehinderung nutzbar. Durch die Abstände und Größe der einzelnen Elemente kann sich ein Rollstuhl frei bewegen. Er tastbare Markierungen helfen z. B. bei eingeschränktem Sehvermögen, Start und Ende einer Übungsstation zu erkennen.

Wir unterstützen öffentliche und wirtschaftliche Organisationen und Vereine dabei, für weibliche Personen und weitere unterrepräsentierte Personengruppen wie BIPOC oder LSBTIQ+ einen sicheren Raum zu schaffen und zu erhalten. Wir unterstützen:

- **Bereitstellung und Finanzierung notwendiger Räumlichkeiten** und Sportanlagen
- Förderung von **Personalentwicklung** in diesem Bereich

Wir ermutigen und fördern Organisationen dabei, sich mit dem Thema Integration und Inklusion auseinanderzusetzen und entsprechende Angebote auszubauen oder zu schaffen. Wir setzen uns für die Schaffung und den Erhalt diverser organisationsungebundener Sport- und Kulturangebote ein. Diese Angebote sollen geschlechtergerecht und barrierefrei nutzbar sein und intelligent vernetzt werden.

## **Best Practice: Münster (Sicherer Raum für Frauen)<sup>7</sup>**

Der Verein Move & Meet bietet Sportangebote für Mädchen und Frauen an. Hierzu bietet oder vermittelt er Kinderbetreuung während der Sportausübung. Zudem berät und informiert der Verein über Sport für Frauen in Münster. Für Institutionen und Gruppen bietet er Workshops an, z. B. zum Thema interkulturelles Lernen sowie Kommunikation und Sprachförderung im Sport. Der Verein arbeitet eng mit dem Stadtsportbund und anderen Vereinen zusammen.

---

<sup>6</sup> Best Practice: [Lüdinghausen - Inklusiver Fitness Hot-Spot](#) (dtb.de)

<sup>7</sup> Best Practice: [Münster - Move & Meet](#) (move-and-meet.de)

## 3 Mobilität

Eine moderne und nachhaltige Mobilität braucht klare Prioritäten in der Verkehrspolitik und übergreifende Verkehrskonzepte. Wir wollen Verkehr mit zielgerichteten Maßnahmen...

...**verlagern** hin zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie zum Rad- und Fußverkehr.

...**verbessern**, z. B. durch den Einsatz erneuerbarer Energien.

...**vernetzen** durch verkehrsmittelübergreifende Angebote.

...**verringern** durch z. B. Stadtviertel der kurzen Wege.

Zur Erreichung dieser Ziele sind Push- und Pull-Maßnahmen nötig. Wir schaffen attraktive Alternativen zum Auto, die eine echte Alternative für den motorisierten Individualverkehr bieten und diesen so weniger attraktiv für die Bürger\*innen machen. So sollen sein Ressourcenverbrauch und auch seine lokal negativen Effekte auf die Gesundheit der Anwohnenden stärker bepreist werden; dies soll etwa durch eine Anpassung von Parkgebühren orientiert am knappen öffentlichen Raum oder die Einführung einer Citymaut umgesetzt werden. Diese Maßnahmen sollen wiederum zur Finanzierung nachhaltiger Alternativen dienen. So schaffen wir mittelfristig einen ausgewogeneren und nachhaltigeren Verkehrsmix.

Einen wichtigen Punkt sehen wir auch in der Einrichtung zusätzlicher Tempo-30-Zonen, insbesondere dort, wo Fahrradinfrastruktur unzureichend ausgebaut ist. Damit wird der Verkehr durch kürzere Bremswege sicherer und der Feinstaubausstoß reduziert<sup>8</sup>. Gleichzeitig wollen wir intelligente Ampelschaltungen etablieren, die Wartezeiten insbesondere für den ÖPNV, Radfahrende und Fußverkehr senken. Wir wollen, dass sich Fußgänger\*innen mindestens genauso direkt durch die Stadt bewegen können wie Autos.

### ÖPNV attraktiver gestalten

- Stuttgart braucht eine **stärkere Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel** und intelligente Verknüpfungen, ebenso in den Nachtstunden. Wir setzen uns dafür ein, dass das bestehende Netz an Nachtbussen auf seine Leistungsfähigkeit hin überprüft wird und, wo möglich, die U-Bahn-Hauptlinien auch in der Nacht fahren.

<sup>8</sup> Deutscher Bundestag: [Fahrzeug-Emissionen bei 30 km/h und 50 km/h \(PDF\)](#) (bundestag.de)

- Wir setzen uns für eine **Optimierung des 49-€-Tickets** ein. In Tübingen beispielsweise wird das Deutschlandticket von der Stadt für ihre Einwohner\*innen mit 15 € bezuschusst.<sup>9</sup> Wir wollen grenzüberschreitende Verbindungen zu unseren europäischen Nachbarländern ausbauen und besser in das Tarifsysteem integrieren. Wir wollen darauf hinwirken, den Anwendungsbereich des Deutschlandtickets entsprechend zu erweitern.
- Zur **Umsetzung moderner Mobilitätskonzepte** zählt auch, die Verkehrsmittelwahl zu priorisieren. Hier setzen wir klar auf **umweltfreundliche Fortbewegungsmittel**. Laut des "Investitionsrahmenplans 2019 – 2023 für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes (IRP)" wird bundesweit mehr in den Ausbau und Erhalt der Fernstraßen investiert als in den Schienenverkehr. Auf kommunaler Ebene ist es aus unserer Sicht auch wichtig, solche Zahlen öffentlich zu machen sowie auch detaillierter darzustellen, damit das Verhältnis der Investitionen in den Autoverkehr gegenüber nachhaltigeren Verkehrsformen transparent werden kann und auch die öffentliche Diskussion zu diesem Thema faktenbasierter werden kann.
- Vorhandene **Machbarkeitsstudien dürfen nicht ungenutzt in Schubläden verschwinden**. Wir wollen Potenziale zur Errichtung neuer Nahverkehrshalte auf bestehenden Strecken und den Ausbau des ÖPNV-Netzes identifizieren und umsetzen. Sollten sich in der Umsetzung Probleme abzeichnen, so setzen wir uns dafür ein, die Erfahrung von anderen europäischen Kommunen mit ähnlichen Herausforderungen aktiv zu erfragen und zu nutzen.
- Damit attraktive Angebote realisiert werden können, braucht es neben der passenden Infrastruktur sowie Fahrzeugen auch **genügend und ausreichend qualifiziertes Personal**. Stuttgart muss daher weiterhin konsequent über Karrierechancen im ÖPNV informieren und den Arbeitsplatz attraktiver machen. Deshalb setzen wir uns für flexible Arbeitszeitmodelle und eine Aufwertung des Fahrdienstes ein. Es sollen eine Vier-Tage-Woche, Nebenjobs und weitere Modelle geprüft werden, sodass die städtischen Verkehrsbetriebe bei der Jobsuche konkurrenzfähig werden. Wir setzen uns für eine Entbürokratisierung der Einstellungskriterien ein.
- Immer mehr Studien zeigen, dass sich die **Effizienz der ÖPNV-Netze durch intelligente Algorithmen und Datenanalysen** enorm steigern lässt. Das spart Kosten und verbessert gleichzeitig das Angebot. Gemeinsam mit Partner\*innen aus der Forschung und Wissenschaft machen wir uns dafür stark, innovative Optimierungen der ÖPNV-Netze in die Praxis umzusetzen. Gerade die Region Stuttgart hat das Potential, mit seiner Konzentration von Expertise aus Forschung und Praxis im Bereich Mobilität führend zu sein.

---

<sup>9</sup> Best Practice: [Tübingen - Deutschlandticket Tübingen](https://www.naldo.de/de/Best-Practices/Best-Practice-Tuebingen-Deutschlandticket-Tuebingen) (naldo.de)

- Wir wollen **Innovationen und neue Konzepte** vorantreiben. So könnten an einigen Stellen im Netz **beispielsweise urbane Seilbahnen**, autonome Verkehrsmittel oder weitere innovative Verkehrsträger vorteilhafter gegenüber den herkömmlichen Systemen wie Bus oder U-Bahn sein.
- Derzeit ist der **Platz für die Mitnahme von Fahrrädern, Koffern und Kinderwagen in den Waggons der Stuttgarter U-Bahn** begrenzt. Wir setzen uns deshalb dafür ein, in geeigneten Linien (z.B. U6 zum Flughafen) den **Einbau von flexibler nutzbaren Sitzen** zu prüfen. Dies kann z.B. durch Waggons geschehen, die vor allem eine Längsbestuhlung mit Klappsitzen haben und so viel Platz für Koffer, Fahrräder und Kinderwagen bieten. Im Allgemeinen setzen wir uns dafür ein, bei der Ausstattung der U-Bahnen stärker auf verschiedene Bedürfnisprofile zu achten.
- **Mehr Busspuren** können sicherstellen, dass Busse nicht im Stau des Individualverkehrs steckenbleiben. Deshalb sollen bestehende Fahrspuren, die aktuell für den gesamten motorisierten Verkehr zur Verfügung stehen, wo möglich, anwohner- und verkehrsverträglich zu Busspuren umgewandelt werden. An Stellen, in denen für die Busse ein Tempolimit von 30 Km/h gilt, ist auch eine gleichzeitige Nutzung der Busspuren als Fahrradstraße denkbar.
- **Öffentliche Toiletten sichern Stuttgarter\*innen ein Grundrecht zu.** Daher sollte an jeder wichtigen Bahnstation und an größeren öffentlichen Plätzen eine barrierefreie, öffentliche Toilette frei zugänglich sein. Die bestehenden Toiletten sollten auf Barrierefreiheit und Zugänglichkeit geprüft und bei Bedarf aufgewertet werden.

## Vernetzung von Shared Mobility

Wir stellen uns ein Gesamtkonzept vor, das alle Leihoptionen im Mobilitätssektor miteinander verknüpft. So wird es möglich, gute Querverbindungen zwischen anderen Verkehrsmitteln und damit attraktive Angebote zu schaffen.

- **Geteilte Mobilitätslösungen erlauben** durch eine bessere Auslastung der Fahrzeuge im Vergleich zum privaten PKW **eine höhere Flächeneffizienz und schaffen so Raum in unserer Stadt**, der ansonsten für Parkplätze benötigt werden würde. Sie schaffen die Freiheit, kein Auto besitzen zu müssen. Nicht zuletzt, um das ÖPNV-Angebot sinnvoll zu ergänzen, braucht es mehr attraktive Car- und Ridesharing-Angebote. Wir unterstützen die geplante Förderung der Ausweitung von Carsharing-Stellplätzen in ganz Stuttgart. Zusätzlich fordern wir mehr Carsharing-Stationen (Stellplätze) in den Gebieten rund um Stuttgart für schnellere und unabhängige Mobilität in und aus der Stadt.

- Eine **rabattierte ÖPNV-Nutzung für Car- und Ridesharing-Nutzer\*innen**, ist zu prüfen und entsprechend umzusetzen. Ziel sind ineinander verzahnte Mobilitätslösungen, die miteinander und nicht nebeneinander funktionieren (Mobility-as-a-Service).
- Als entscheidend sehen wir auch den Blick über den Tellerrand Stuttgarts hinaus: Wir wollen **gut angebundene Park-and- Ride-Angebote für Pendler\*innen in den Randbereichen Stuttgarts** schaffen, um so den innerstädtischen Autoverkehr zu verringern. Die Kombination von Parkschein und ÖPNV-Fahrkarten stellt eine Möglichkeit dar, Park-and-Ride attraktiver zu gestalten.
- Wir setzen uns für die **Ausweitung des Bikesharing-Angebotes** ein. Das Free-Floating Bikesharing-Areal soll neben dem Stadtgebiet auch umliegende Regionen (einschließlich ländlicher Gebiete) umfassen. In das System sollen vermehrt Lastenräder integriert werden.

## Fahrradmobilität ausbauen

Die Freude am Fahrradfahren ist in Stuttgart allgegenwärtig, leider spiegelt sich das bislang kaum im Straßenbild wider. Hier möchten wir auf der Fahrradbegeisterung aufbauen und die Verkehrsräume neu verteilen, um sie für alle Verkehrsteilnehmer\*innen deutlich zu verbessern. Damit Stuttgart eine echte Fahrradstadt werden kann, muss deutlich in die Infrastruktur für das Fahrrad und das Lastenrad investiert werden. Wir wollen umsetzen, dass Radwege verbreitert, Park-and-Ride-Zentren für Fahrräder errichtet oder erweitert und an Straßen genügend Stellplätze zur Verfügung gestellt werden.

- Wir fordern die **Konzeption und den Aufbau eines stadtweiten Radwegenetzes**. Ziel ist es, die gesamte Stadt mit den umliegenden Regionen miteinander zu vernetzen, ähnlich wie es auch beim Autoverkehr oder ÖPNV der Fall ist. Das Netz besteht aus verknüpften Radschnellwegen und/oder Fahrradstraßen sowie Radwegen.
- Wir setzen uns für ein **vollumfängliches Radnetz** ein, das **sicher, vernetzt, direkt und komfortabel** ist. Hierbei haben wir die Vision Zero<sup>10</sup> **Reduzierung der Verkehrstoten auf null Tote** im Blick. Voraussetzungen dafür sind fehlerverzeihende Anlagen, sichere Kreuzungen mit Vorrangschaltung und eine Trennung sowohl vom Fußverkehr als auch vom Kfz-Verkehr. Mischkonzepte, die allen Verkehrsteilnehmer\*innen zum Nachteil sind, wie in der Tübinger Straße, lehnen wir ab.
- **Bisher enden viele Radwege abrupt** oder Fahrradstraßen werden zu Gunsten des Autoverkehrs an Kreuzungen unterbrochen. In Zukunft darf

---

<sup>10</sup> Reduzierung der Verkehrstoten auf null Tote.

dies nicht mehr der Fall sein. **Radschnellwege müssen, wo immer möglich, kreuzungsfrei zum Autoverkehr gestaltet werden.**

- Wir setzen auf ein **durchgehendes Netz**, das die Ausgangs- und Zielpunkte der Radfahrer\*innen möglichst direkt verknüpft. Der Radverkehr muss auf kürzeren Routen gegenüber dem Autoverkehr den Vorrang haben, um das Radfahren weiter zu beschleunigen<sup>11</sup>. Großzügige Breiten und Kurvenradien (besonders für Lastenräder) werden den Komfort im Radwegenetz verbessern. Angsträume (z. B. durch Engstellen) darf es in Zukunft nicht mehr geben.
- Da sich das Fahrradpendeln nicht nur auf schönes Wetter beschränkt, müssen **Radwege ordentlich gereinigt und instand gehalten** werden<sup>12</sup>: Zum Beispiel werden Radwege bei Schnee bevorzugt geräumt.

## Güter- und Lieferverkehr neu denken

Der Lieferverkehr ist für die Versorgung von Wirtschaft und Bevölkerung in Städten von großer Bedeutung. Für die Belieferung der Innenstädte braucht es daher intelligente Konzepte. Aktuell dominieren vor allem große dieselbetriebene LKW die Straßen. Das bringt Nachteile, etwa die hohe Beanspruchung des Verkehrsraums, die Gefährdung von Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen, Umwelt- und Lärmbelästigung sowie die Schädigung der Infrastruktur mit sich. Daher setzen wir in diesem Bereich auf eine nachhaltige, sichere, ressourcenschonende und umweltverträgliche Alternative: Waren sollen die letzte Meile vorrangig mit Cargo-Bikes oder kleineren E-Fahrzeugen transportiert werden.

- Um die **Fahrten mit Lastenrädern möglichst effizient** zu gestalten, werden sogenannte Mikro-Depot-Konzepte benötigt. An diesen können Waren von größeren Fahrzeugen auf Lastenräder oder Handkarren umgeladen werden. Wir setzen uns für ein **Mikro-Depot-Netzwerk mit Lademöglichkeiten für E-LKW und Cargo-E-Bikes ein**. Geeignete Standorte sollen in Absprache mit allen Beteiligten gefunden werden. Beim Aufbau wollen wir eng mit den Gewerbetreibenden und Nachbarkommunen in Kontakt treten. Darüber hinaus wollen wir Lieferfahrten durch digitale Kooperationsplattformen für Unternehmen bündeln und damit Leerfahrten generell vermeiden.
- **Cargo-Bikes bieten eine Alternative für Gewerbetreibende**. So werden sie schon heute oft von Brief- und Essenzustelldiensten verwendet. Auch für den Transport von Personen eignen sich Fahrräder in Form von Fahrradtaxi. Laufende Kosten für Steuern oder Treibstoff sind bei Transporträdern

<sup>11</sup> Best Practice: [Houten - Vorfahrt fürs Fahrrad](https://www.mobility-talk.com/de/houten-vorfahrt-fuers-fahrrad) (mobility-talk.com)

<sup>12</sup> Studie zu mehr Radfahren unabhängig vom Wetter: [Uni Münster - Welchen Effekt hat das Wetter aufs Radfahren?](https://www.uni-muenster.de/unimuenster/aktuelles/studie-zu-mehr-radfahren-unabhaengig-vom-wetter) (uni-muenster.de)

gegenüber dem konventionellen Transport deutlich verringert und es gibt kaum Parkplatzprobleme. Längst sind auch passende Fahrradanhänger mit E-Motoren zum Transport von Europaletten mit großen und sperrigen Warenmengen erhältlich. Daher wollen wir die Potenziale von Lastenrädern, insbesondere im städtischen Lieferverkehr, stärker nutzen. Wir setzen uns für eine entsprechende Infrastruktur und Förderung der Räder ein.

- Auch **Pilotprojekte zur Einbettung von ÖPNV-Fahrzeugen in innovative Logistikkonzepte** unterstützen wir. So könnten beispielsweise die vorhandenen Triebfahrzeuge der SSB die Belieferung der Mikro-Depots übernehmen. Weiterhin unterstützen wir die direkte Anbindung von Unternehmen an die Schiene.

## 4 Nachhaltige und sichere Energieversorgung und Infrastruktur

Die Energieversorgung ist die Lebensader der modernen Gesellschaft. Ohne sie sind die meisten Bereiche unseres täglichen Lebens nicht denkbar. Leider werden Versorgungsausfälle, Unterbrechungen oder sogar Blackouts in Zeiten von Energiekrise, globalpolitischer Spannungen und hoher Fluktuation der Einspeisung Erneuerbarer Energien immer wahrscheinlicher.

Aus diesem Grund wünschen wir uns ein Stuttgart, das sich aktiv um eine zuverlässige und sichere Energieversorgung für alle Bürger\*innen kümmert. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt die notwendigen Ressourcen bereitstellt, um Unterbrechungen und Ausfälle zu minimieren und die Bürger\*innen aktiv in Entscheidungen einbezieht. Unser Anspruch ist es, dass jede\*r Bürger\*in unserer Stadt Zugang zu nachhaltiger und zuverlässiger Energie hat.

### Regenerative und autarke Energieversorgung

Energetische Autarkie bedeutet, dass eine Stadt dazu in der Lage ist, ihren Energiebedarf durch die Nutzung erneuerbarer Energien zu jeder Zeit selbst zu decken. Dies ist sowohl aus ökologischen als auch aus ökonomischen Gründen von großer Bedeutung. Durch die Erhöhung der energetischen Autarkie können wir die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen reduzieren und gleichzeitig die Wirtschaft der Stadt stärken. Um dieses Ziel zu erreichen, schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- Deutliche **Erhöhung der Förderung der Elektrifizierung von Energie- und Wärmeerzeugung** einschließlich erneuerbarer Energien, Energiespeichersystemen, Elektromobilität und (privaten) Ladestation sowie Wärmepumpen.
- **Förderung von energetischer Modernisierung** mit Photovoltaik und Wärmepumpen sowie des **Einsatzes von Abwärme** und umfassender, klimaneutraler Heizungstauschprogramme. Wir halten in einem kommunalen Wärmeplan Fernwärmeleitungen fest, um beispielsweise industrielle Abwärme für Haushalte nutzen zu können.

- **Schaffung von Smart-Grid-Systemen**, um die Nutzung Erneuerbarer Energien zu optimieren und die Versorgungssicherheit zu erhöhen
- **Einführung von Microgrids**, um die Energieversorgung in Gewerbe- und Industriegebieten zu gewährleisten und die Abhängigkeit von zentralen Stromnetzen zu reduzieren.
- **Errichtung von Blockheizkraftwerken bei gleichzeitiger Stärkung der Wärmenetze**, um Abwärme aus industriellen Prozessen zu nutzen und so den Energiebedarf der Stadt zu decken.
- **Errichtung von Bürger\*innen-Energiegenossenschaften**, um Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich aktiv an der Produktion Erneuerbarer Energien zu beteiligen und von den Einsparungen zu profitieren.
- **Städtische Förderung individueller, nachhaltiger Energielösungen** wie zum Beispiel Balkonkraftwerken nach vorheriger unbürokratischer Effizienzprüfung.

## Sicheres und funktionsfähiges Stromnetz

Stromnetze sind ein kostspieliges und sehr wertvolles Gut. Dabei ist ein sicheres und funktionsfähiges Stromnetz die Grundlage für eine zuverlässige und unterbrechungsfreie Energieversorgung. Durch das Einsetzen eines digitalen Informations- und Austauschsystems können wir sicherstellen, dass das Stromnetz sicher und effizient betrieben wird, um die Energieversorgung der Stadt zu gewährleisten. Hierfür sind folgende Schritte notwendig:

- **Förderung der Erneuerung und Modernisierung von bestehenden Stromnetzen**, um die **Energieeffizienz und die Versorgungssicherheit zu erhöhen**.
- **Förderung von Energiespeichersystemen**, um die Nutzung erneuerbarer Energien zu optimieren und die Versorgungssicherheit zu erhöhen.
- **Durchführung von Potenzialstudien** für die Nutzung von netzdienlichen **Flexibilitäten** in Stuttgart.
- Kostenloses Angebot von **Schulungsmaßnahmen**, in denen Bürger\*innen und Gewerbe über **Energiesparmaßnahmen und Flexibilitätsnutzung** informiert werden.

## Kleinteiliges Ladenetz für eMobility

Wir setzen uns dafür ein, dass die **Ladeinfrastruktur** ausgebaut wird. Hierzu zählt neben **Schnellladeparks** an Schnellstraßen und Verkehrsknotenpunkten die **Langsamlademöglichkeit für Laternenparkende an z.B. Laternen oder Bordsteinen**, damit E-Mobilität für jede Person zur Verfügung gestellt wird.

Darüber hinaus sollte der **Bebauungsplan** der Stadtteile Stuttgarts so abgeändert werden, dass bei einem Neubau oder einer baulichen Veränderung vor jeder Gewerbeeinrichtung mindestens eine Lademöglichkeit eingerichtet werden muss, die auch mit **digitalen Zahlungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit** zur Verfügung steht.

Zudem prüft die Stadt verstärkt **Kooperationen**, mithilfe derer **bidirektionales Laden** und Energie aus EE-Anlagen gezielt für die Ladeinfrastruktur genutzt werden kann. Auch **neue Bezahlkonzepte**, die direkt über eine hinterlegte Fahrzeug-ID mit dem Konto verbunden ist, sollen nochmals die **Schwelle zum Anschluss reduzieren**.

## Einrichtung von Energieclouds

Eine **Stromcloud oder -community speichert den Strom aus privaten Photovoltaikanlagen**, damit man nicht zusätzlich Strom aus dem Netz kaufen muss, wenn die Anlage gerade nicht genug produziert. Anders als IT-Clouds, die im Internet zu finden sind, sind diese Stromclouds aktuell Stromlieferverträge, die eine **Direktvermarktung aus einer EE-Anlage an die Kund\*innen ermöglichen**.

### Best Practice: Freiburg<sup>13</sup>

In Freiburg wurde ein gesamtes Wohnquartier mit einer hybriden Wärmequelle und Aufdachsolarthermieanlage verbunden: Jedes Haus verfügt über einen hinreichend großen Wärmespeicherpuffer, der die Wärmeenergie über intelligente Messsysteme und bedarfsorientiert abgeben kann.

In Freiburg handelt es sich nur um ein Wohnquartier; überträgt man allerdings die lokalen Lösungen auf eine Stadt, d.h. auf ganze Straßenzüge, Wohnviertel und Stadtteile, könnten **Strom und Wärme lokal hergestellt** und an die Bürger\*innen Stuttgarts **kostengünstig** zurückgegeben werden. Hierfür wird ein kommunal ansässiges Stadtwerk benötigt, das sich um die Steuerung auf Basis des Energiemanagement-Systems DERMS kümmert und die Energieerzeugungsanlagen selbst oder entsprechend kontrahiert beschafft. Das Energiemanagement-System wird heute schon eingesetzt, um Verteilnetzbetreiber vor Lastspitzen zu schützen und die Bedarfsseite so zu glätten, dass das Netz nicht in Schieflage gerät. Als Erzeugungsanlagen für Strom und Wärme kommen Sonne, Wind, Geothermie, Industrieabwärme und auch fossile Kraftwerke in Frage. Wir setzen uns dafür ein, dass Prosumer (Produzent\*innen und Verbraucher\*innen) unbürokratischen Netzzugang mit transparenten Kostenstrukturen erhalten.

---

<sup>13</sup> Best Practice: [Freiburg - Solarthermie für Freiburg](https://www.solarserver.de) (solarserver.de)

## 5 Städtebau und Wohnen

### Quartiere der kurzen Wege

Unsere Vision der **Stadt der Zukunft ist nachhaltig, sozial und innovativ**. Die drängenden Probleme durch die autogerechte Stadtplanung der Vergangenheit wie Lärm, Luftverschmutzung, Unfälle, Platzmangel und Verkehrschaos wollen und müssen wir als pragmatische politische Kraft angehen. Dabei steht das **Wohl aller Bürger\*innen im Vordergrund** – denn sie machen eine Stadt aus! Wir setzen dafür auf Quartiere der kurzen Wege, in denen ein komfortabler Alltag für alle Bewohner\*innen **autofrei und möglichst fußläufig** möglich ist, indem die **Weglängen verkürzt** werden. In ihr sollen sich die Bürger\*innen wohl fühlen.

- Wir **priorisieren den Umweltverbund** (Fuß, Rad, ÖPNV) in der Siedlungs- und Verkehrsplanung.
- Durch die langfristige **Schaffung sogenannter “Superblocks”** entsteht eine **polyzentrische Stadt**, in welcher der Alltag weitgehend lokal bewältigt werden kann.
- Wir richten verkehrsberuhigte, **autoarme Zonen** ein und erweitern diese schrittweise. Zentraler Stellhebel wird eine **nachfragegerechte Parkraumbewirtschaftung** sein, die sich als effektivstes Instrument erwiesen hat. Wir bauen **Quartiersgaragen als Mobilitätshubs**, in denen **Zugang zu verschiedenen Verkehrsmitteln** gegeben ist.

### Best Practices: 15 Minuten Stadt<sup>14</sup> und Superblocks<sup>15</sup>

Quartiere, in denen bestehende Infrastruktur so umgebaut wird, dass der Durchgangsverkehr auf ein minimal erforderliches Maß reduziert (und auf Schrittgeschwindigkeit entschleunigt) wird. Die Anwohner\*innen können den Alltag zu Fuß in angenehmer Zeit (Hemmschwelle 15 Minuten) bewältigen. Mittlerweile dehnt die Stadt Barcelona den Begriff Superblocks auf eine Vielzahl sozialer und städtebaulicher Projekte aus, die öffentliche Räume revitalisieren sollen.

**Wir unterstützen den bereits vom Gemeinderat verabschiedeten Praxistest von einem Superblock in der Augustenstraße** sowie die externe Untersuchung von weiteren Potentialquartieren. Allerdings fordern wir, das zu untersuchende

<sup>14</sup> Best Practice: [Paris - 15 Minuten Stadt](https://paris.fr) (paris.fr)

<sup>15</sup> Best Practice: [Barcelona - Superblocks](https://superblocks.org) (superblocks.org)

Gebiet von den Innenstadtbezirken sowie Bad Cannstatt auf das gesamte Stadtgebiet auszudehnen. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass sich die Stuttgarter Verwaltung mit der Stadtverwaltung in Barcelona aktiv in Verbindung setzt, um optimal von den in Barcelona bereits gemachten Erfahrungen profitieren zu können und Superblocks so erfolgreich auch in Stuttgart etablieren zu können. Die konstante Kommunikation mit den Bürger\*innen vor Ort gilt es sicherzustellen.

- Wir schaffen **multifunktionale Viertel** und heben die strikte Trennung von Wohn-, Freizeit- und Büro-/Gewerbegebieten auf, was dank den Entwicklungen der Arbeitswelt (z.B. Home-Office) möglich ist. Dies geht mit engmaschiger, zeitgemäßer, qualitativer Quartiersplanung einher. Sowohl **Neubau- als auch Bestandsiedlungen erhalten nachhaltige Mobilitätskonzepte**.
- **Wir holen uns zusammen mit bestehenden lokalen Initiativen vernachlässigte, unattraktive öffentliche Räume zurück**, indem wir diese aufwerten, und vermeiden sogenanntes „hostile design“, welches soziale Randgruppen verdrängt. Ebenso wollen wir uns dafür einsetzen, dass **Angsträume abgebaut** bzw. in der Planung vermieden werden.
- Wir richten im Stadtzentrum **verpflichtende Parkzonen für E-Scooter** ein und schränken den Verleih in der Nähe von Großveranstaltungen wie Fußballspielen oder Volksfesten temporär ein<sup>16</sup>.
- Wir sehen uns in der Pflicht, Kinder zu selbstständigen Verkehrsteilnehmer\*innen zu fördern und richten dafür **verkehrsarme Zonen mit Elternhaltestellen in fußläufiger Entfernung um Schulen** ein. Gleichzeitig bauen wir **sichere, altersgerechte Wege**, schaffen ausreichend **Kapazitäten für Fahrrad- und Rollerstände** an Schulen und **beseitigen etwaige Sichtbarrieren oder Gefahrenzonen**. Zudem regen wir zu „laufenden Schulbussen“ an.
- Kunst, Einzelhandel und Kultur wollen wir in den öffentlichen Raum einbetten. Dazu stellen wir zum Beispiel **Parklets/Schanigärten<sup>17</sup> als Alternative zu Parkplätzen** zur Verfügung.
- Stadtentwicklung ist ohne ihre Einwohner\*innen nicht möglich. Deshalb setzen wir uns für die **Partizipation der Bevölkerung** durch beispielsweise mitbestimmende, repräsentative **Bürger\*innenräte und ein Bürger\*innenbudget** ein.
- Außerdem wollen wir auch bei **Bauprojekten eine aktive Beteiligung der Bürger\*innen** ermöglichen. Dies soll in der kommunalen Planungskultur

---

<sup>16</sup> Best Practice: [Köln - Neue Regeln für e-Scooter](https://www.ksta.de) (ksta.de)

<sup>17</sup> Ausweitung von Konsumflächen (Restaurants, Einzelhandel) auf den Straßenraum im Sommer, wie beispielsweise zur Zeiten der Corona-Pandemie.

sowie durch eine intensivere Beteiligung der Öffentlichkeit in Bauleitplanungen berücksichtigt werden.

## Klimaresilientes und ökologisches Stuttgart

Neben den Struktur- und Verkehrsproblemen kommen auf Stuttgart zahlreiche Herausforderungen durch den Klimawandel zu. Dazu setzen wir auf folgende Vorschläge.

- **Entsiegelung und Renaturierung von Flächen**, auch durch Umbau:
  - **Dach- und Fassadenbegrünung**, insbesondere dort, wo dichte Bebauung die Möglichkeit einer angemessenen Entsiegelung verhindert.
  - **Grünflächen und Frischluftschneisen**, die unsere Quartiere kühlen. Sie wirken insbesondere dort, wo sich durch Glas und Beton Wärme anstaut. In Kooperation mit lokalen Initiativen können diese auch bewirtschaftet werden (**Guerilla Gardening**), oder als "Eh-Da"-Flächen zur Erhaltung der Biodiversität dienen. Im Zuge dessen nehmen wir ein **Gebot zur Bepflanzung freier, ungenutzter Flächen in den Bauordnungen** auf, um sog. Schottergärten zu verhindern<sup>18</sup> und **Renaturierungen zu fördern**. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die zahlreichen **Urban-Gardening-Projekte in Stuttgart** und unterstützen diese.
- **Öffentlichen Zugang zu Trinkwasser für alle gesellschaftlichen Gruppen**. Stuttgart kann hier von seinen vielen öffentlichen Trinkwasser- und Mineralwasserbrunnen profitieren. **Im ganzen Stadtgebiet existieren über 250 Brunnen und Wasserspiele**. Gerade öffentlich zugängliche Trinkwasserbrunnen werden in Zukunft aufgrund der **anhaltenden Hitzeperioden** und der damit verbundenen **Dürre** immer wichtiger. Leider fehlt eine bekannte, **einheitliche Kennzeichnung im Stadtgebiet**, die die Brunnen auch für "Neigschmeckte" leicht erkennbar macht. In manchen Vierteln fehlen sie fast gänzlich (West und Süd). Deshalb setzen wir uns dafür ein, das Netz aus Brunnen zu erhalten und - wo möglich - weiter auszubauen. Zudem soll mehr dafür getan werden, die Bürger über die Existenz und Vorteile der Brunnen zu informieren (z.B. in der **Stuggi-App**, [siehe Kapitel 9](#)).
- **Helle Farben auf Flächen wie Dächern und Straßen**, sodass diese sich in der Sonne weniger aufheizen;
- Förderung und Auswertung von **Pilotprojekten zur Verbesserung der Luftqualität**, beispielsweise durch **Bepflanzung**.

---

<sup>18</sup> Best Practice: [Xanten - Klimafreundliche Vorgärten](https://www.xanten.de) (xanten.de)

## Wohnraum für Alle

**Bezahlbarer und nachhaltiger Wohnraum darf kein Luxus sein.** Die hohen Mietpreise und fehlender Wohnraum sind das Hauptproblem unserer Stadt. Die Preise zu senken und Wohnraum zu schaffen, sehen wir als Hauptaufgabe des Stuttgarter Gemeinderats. Die benötigten Wohnformen sind dabei so vielfältig wie unsere Gesellschaft. Sowohl gemeinschaftliches Wohnen als auch anonymes Wohnen muss eine Großstadt gewährleisten können. Sowohl Wohnraum für Großfamilien wie für Alleinstehende als auch für Wohngemeinschaften muss verfügbar sein.

- Wir werden **sozialen, inklusiven, gezielt nachhaltigen Neubau** fördern und beschleunigen sowie die **Modernisierung – auch von leerstehenden Immobilien – vorantreiben**. Wir prüfen eine mögliche **Priorisierung von Baugenehmigungen**, die diesen Anforderungen entsprechen. Gleichzeitig streben wir die **Besteuerung von Leerstand** an und nutzen die Möglichkeiten aus §176 des Baugesetzbuchs (BauGB), um **brachliegende Flächen zu vermeiden**. Der sparsame Umgang mit Flächen ist dringend notwendig. Dazu gehören auch **urbane Nachverdichtungen**, z.B. Aufstockungen, sofern sie ein leistungsfähiges Mobilitäts- und Integrationskonzept beinhalten. Bereits versiegelte Flächen, z. B. Straßen, sollen hinsichtlich des Potentials, diese zu überbauen, untersucht werden.
- Neubau auf noch unbebauten Flächen (Parkanlagen ausgenommen) ist für uns denkbar, wenn sichergestellt wird, dass beispielsweise durch begrünte Dächer Regenwasser zurückgehalten wird, die Artenvielfalt im Quartier sichergestellt wird, dieser nachhaltig ist und sozialen Wohnraum schafft. Auch **Hochhäuser**<sup>19</sup> sind für uns als **praktische und nachhaltige Wohnmöglichkeit** denkbar.
- Wir wollen eine „**Housing First**“-Strategie durchsetzen, um so die **Obdachlosigkeit in der Stadt zu bekämpfen** und **Menschen langfristig wieder in die Gesellschaft zu integrieren**. Wer keine Wohnung hat, bekommt bedingungslos eine Wohnung zugewiesen<sup>20</sup>.
- Wir wollen mittels **Baubindung** Spekulationen im Wohnsektor eindämmen. Wenn auf einem von der Stadt Stuttgart veräußertem Grundstück nach drei Jahren der Bau eines Gebäudes auf einem entsprechenden Baustück nicht begonnen wurde, fällt das Gebiet zurück in den Besitz der Stadt Stuttgart. Wir nutzen das kommunale Vorkaufsrecht stärker.
- Wir stärken den gemeinwohlorientierten Wohnungssektor durch **Investition in soziales oder genossenschaftliches Wohnen** sowie durch **Priorisierung bei der Baugenehmigung**. Das gilt ebenfalls für barrierefreie (Um-)Bauten.

<sup>19</sup> Häuser mit einer Höhe >22 Meter

<sup>20</sup> Best Practice: [Finnland - Housing First](#) (nzz.ch)

- Wir richten kommunale Bodenfonds ein, in welche die Erlöse aus Grundstückverkäufen und Erbpachten eingezahlt werden. Damit legen wir im Rahmen einer aktiven Liegenschaftspolitik vorausschauend einen **Vorrat an unbebauten Flächen** an, ggf. **in Kooperation mit höheren Ebenen** wie Bund und Länder, um diese später nutzen zu können, zum Beispiel **für sozialen Wohnungsbau**. Als positive Nebeneffekte sind eine **Dämpfung von Bodenspekulationen** sowie **Verkürzung von Bodenordnungsverfahren** zu sehen.  
Daneben wollen wir **Erbbaurechte als boden- und wohnungspolitisches Instrument nutzen** und damit hinsichtlich Ressourcenverbrauch, Klimagerechtigkeit und Kreislauffähigkeit Maßstäbe setzen. Wir vergeben kommunale Flächen für Wohn- und Gewerbeimmobilien vorrangig über das Erbbaurecht und fördern **soziokulturelle Projekte durch niedrige Zinssätze** im Erbbaurecht.
- Die Fläche des neuen **Rosensteinquartiers soll zu 100% im Besitz der Stadt Stuttgart bleiben**. Die Fläche soll durch die Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft (SWSG) oder über Erbbaurechte von Genossenschaften und privaten Baugemeinschaften bebaut werden. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die **Kleinteiligkeit des städtebaulichen Entwurfs im weiteren Planungsprozess beibehalten** wird.
- **Gestalterische Entscheidungen** in der Stadtentwicklung beispielsweise bei Architekturwettbewerben wollen wir **auch für junge Architekturbüros öffnen**. **Offene Wettbewerbe** und **hohe architektonische Qualität** sowie **Innovationen** sind uns wichtiger als bspw. die Erfahrung der beteiligten Unternehmen.
- Wir wollen **nachhaltige, nachwachsende und klimaneutrale Bauweisen** wie Passivhäuser oder die Nutzung von Holz oder recyceltem Beton breit einsetzen.
- Wir verfolgen das Ziel, die **Nachfrage nach innerstädtischem Wohnraum zu reduzieren**. Dies ist z. B. durch eine verbesserte Anbindung Stuttgarts an sein Umland möglich, aber auch **innovative Wohnmodelle** wie Mehrgenerationenhäuser und Clusterwohnungen, welche durch Gemeinschaftsflächen Raum sparen, federn die Wohnungsnot ab.

## Best Practice: Wien<sup>21</sup>

Die Stadt Wien setzt hinsichtlich vieler stadtplanerischer Aspekte Maßstäbe, indem sie Gemeindewohnungen errichtet, damit günstigen Wohnraum für alle sozialen Schichten verfügbar macht und gleichzeitig Wohnungsbau fördert. Der hohe Anteil an gemeinnützigen Wohnungen senkt in der ganzen Stadt die Miete und kann zum Teil das Problem der sozialen Segregation entschärfen.

<sup>21</sup> Best Practice: [Wien - Gemeindewohnung](http://stadt-wien.at) (stadt-wien.at)

## 6 Unsere soziale Stadt

Ein zentraler Grundsatz der Europäischen Union ist die Garantie und Ausübung **gleicher Chancen und Rechte für alle Menschen**. Deutschland als sozialer und demokratischer Bundesstaat (Artikel 20 GG) strebt **Chancengleichheit als Teil sozialer Gerechtigkeit** an. Jedoch ist die Umsetzung in der Praxis nicht zufriedenstellend. Wir streben das **Ende von Diskriminierung und Benachteiligung** von Einzelnen, Gruppen und Minderheiten an, denn Armut, soziale Benachteiligung und sozialer Abstieg betreffen alle Schichten und Personenkreise. So können z. B. eine hohe Inflation, (temporäre) Arbeitslosigkeit oder Krankheit zu sozialer Benachteiligung führen, sodass **Betroffene auf die Unterstützung der Gesellschaft angewiesen** sind. Bürger\*innen, Kommunen, Länder und EU-Länder sind Teil des sozialen Miteinanders und tragen gemeinsam die Verantwortung für das (gesamteuropäische) soziale Gelingen. Auf Basis dessen **bedarf es politischer Grundlagen, um Ungleichheiten und Diskriminierung abzubauen**. Die **kommunale Ebene** bietet dafür viele Ansatzpunkte und **großes Potenzial**.

Wir sehen die **Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung** als eine wichtige Aufgabe aller Bürger\*innen, Kommunen, Länder und Deutschlands als sozialer Staat an. Die Gestaltung eines friedlichen, menschlichen Miteinanders und das **Leben von Hilfsbereitschaft** sind Ziel unserer vielfältigen Gemeinschaft. Um dieses Ideal zu erreichen, schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- Langfristige **Strategien**, um **Armut** strukturell und nachhaltig zu **bekämpfen**.
- **Bekämpfung der Kinderarmut** durch Umsetzung des **Konzepts der Präventionskette**, niedrighschwellige Angebote (z. B. interkulturelle Spielgruppen, zusätzliche **sprachliche Förderung** in Kitas) und **Fokus auf den Übergang der Jugend ins Erwachsenenalter**.
- Sorgfältiges **Quartiersmanagement in besonders von Armut betroffenen Stadtvierteln** durch vermehrten **sozialen Wohnungsbau** und **stärkere Durchmischung der Viertel**, um heterogene Stadtteile zu schaffen und Separierung vorzubeugen.

Familien und Sorgeberechtigte sehen sich durch Betreuungseingpässe und mangelnde Betreuungsplätze in Kindertagesstätten, Ganztagesbetreuungs- und

Schulplätzen stark in ihrem Berufsleben eingeschränkt und benachteiligt. Wir setzen uns daher für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein.

- Wir wollen die **Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz und bei der Kinderbetreuung** erreichen. Volt setzt sich daher für **mehr Diversität** auf allen Ebenen und **familienfreundlichere Arbeitsstrukturen** ein.
- Sowohl für Frauen als auch für Männer muss eine **Karriere auch mit einer Teilzeitstelle** möglich sein. Hierbei sind wir davon überzeugt, dass **kommunale Stellen bei Einstellung und Beförderung eine Vorbildfunktion** einnehmen können.
- Wir möchten eine **einfachere Suche nach geeigneten Betreuungsangeboten** ermöglichen. In Internetportalen kann der Prozess von der Suche nach Verfügbarkeiten und zusätzlichen Informationen bis hin zur Bewerbung nahtlos abgedeckt werden.
- Es sollen **mehr kommunale Mittel** zur Verfügung gestellt werden, um sozial schwachen Kindern und Jugendlichen Aktionen und Ferienfreizeiten sowie Veranstaltungen zu ermöglichen, wie z. B. **außerschulische kulturelle, Bildungs- und Freizeitangebote** (Jugendzentren, Jugendverbände, Pfadfinder, Musik- und Sportangebote).
- Wir fordern, dass **mehr öffentliche Angebote für Kinder und Jugendliche** entweder kostenlos oder reduziert angeboten werden. Das beinhaltet Sportangebote (auch Schwimmbäder) ebenso wie Musikschulen, Theater, Bibliotheken, Museen, Konzerte, Kinderopern und ähnliche kulturelle Angebote.
- Um am öffentlichen Leben uneingeschränkt teilnehmen zu können, sollen **Kinder und alle, die in Stuttgart in Schul-, Berufs- oder Universitätsausbildung sind, den öffentlichen Nahverkehr in Stuttgart kostenlos nutzen** können.
- Wir wollen **Projekte fördern, in denen benachteiligten Schüler\*innen Lernpat\*innen vermittelt werden**, um Bildungsbenachteiligung auszugleichen. Dabei bekommen Schüler\*innen freiwillige Personen (zum Beispiel Studierende oder Rentner\*innen) zur Seite gestellt, die sie individuell beim Lernen unterstützen.
- Um Kindern und Jugendlichen in Notsituationen individuell und bedürfnisorientiert helfen zu können, muss das **Personal in den Jugendämtern, dem Allgemeinen Sozialen Dienst und dem Kinderschutzbund aufgestockt** werden.
- Wir setzen uns zudem für eine **Aufwertung der „Juleica“ (Jugendleiter\*innen Card)** durch **attraktive Vergünstigungen** in städtischen Einrichtungen über die Schwimmbäder hinaus ein.

- Wir fordern die Einführung einer **regelmäßigen Meinungsumfrage unter Kindern und Jugendlichen**, damit auch die jungen Menschen selbst zu Wort kommen und ihre Meinung politisch relevant abbilden können. Diese sollen **verpflichtend im Gemeinderat** diskutiert werden.

Der **demografische Wandel** erzeugt nicht nur ein Vakuum auf dem Arbeitsmarkt durch das Fehlen von jungen Nachfolger\*innen, sondern führt auch dazu, dass ältere Menschen länger im Berufs- und Sozialleben verbleiben (müssen), um **Wissen und Erfahrungen zu erhalten** und **Alterseinsamkeit und Ausgrenzung entgegenzuwirken**. Daraus ergeben sich viele Chancen und Möglichkeiten, aber auch Herausforderungen.

- Wir möchten die **Interaktion und wechselseitige Unterstützung von Jung und Alt verstärken**. Dazu müssen unter anderem mehr Begegnungsorte zwischen den Generationen geschaffen werden, beispielsweise Mehrgenerationenhäuser.
- **Mentorprogramme** (Lernpat\*innen), die ältere mit jungen Menschen zusammenbringen, sollen gefördert werden, da sie für beide Seiten vorteilhaft sind.
- Wir unterstützen den **Aufbau von Zentren und Programmen für ältere Menschen** zur Unterstützung bei diversen Aktivitäten vom Reisen bis zur Internetnutzung.
- Wir möchten **Bildungsmöglichkeiten für ältere Menschen im Allgemeinen weiter ausbauen und fördern**, u. a. Seniorenstudiengänge, Seniorenakademie oder Volkshochschulkurse. Wir möchten dazu motivieren, **Lernen und Bildung als lebenslangen Prozess** zu begreifen und auch an dieser Stelle mit eher negativ geprägten Altersbildern brechen.
- Der **Ausbau von Internet-/WLAN-Zugängen in Alten- und Pflegeheimen** soll gefördert werden, denn Menschen aller Altersgruppen sollen jederzeit Internetzugang haben und damit ein Grundrecht genießen können.

Um sozialen Benachteiligten zu begegnen, spielt auch die **Integration und Inklusion von Minderheiten** – wie z. B. Geflüchtete, Obdachlose, Suchterkrankte und Menschen mit Beeinträchtigungen oder chronischen Krankheiten – in das allgemeine gesellschaftliche Leben eine große Rolle.

- Wir fördern den **Ausbau von neutralen und unabhängigen Aufklärungs- und Beratungsangeboten zu Verhütung und Schwangerschaftsabbrüchen**.
- Wir setzen uns ein für **mehr Präventions- und niederschwellige Hilfsangebote** in den Bereichen Alkoholsucht, Spielsucht, Internetsucht und

Schuldenabbau, die in leichter Sprache und nach Möglichkeit mehrsprachig angeboten werden.

- Wir fordern einen **Aktionsplan zur Bekämpfung häuslicher Gewalt**; dieser beinhaltet Präventionsarbeit (auch in Behörden), die auf Aufklärung und Verhinderung basiert, regelmäßige Datenerhebung und die Evaluierung von bestehenden Hilfsmaßnahmen.
- Wir setzen uns für eine **Erweiterung der Plätze in den Frauen-, Männer- und Familienhäusern** ein. Wir möchten außerdem die Sensibilisierung der Bürger\*innen zu diesem Thema durch die entsprechende **Öffentlichkeitsarbeit über lokale häusliche Gewalt** erhöhen.
- Wir wollen in Zusammenarbeit mit der **Wohnraumsicherung** der Stadt wie mit den jeweiligen Einrichtungen prüfen, welche Maßnahmen eingeleitet und/oder gefördert werden müssen. Diese Maßnahmen müssen dann unbürokratisch, niederschwellig, schnell, kostenlos, individuell und ortsnah angeboten werden.
- Die **Situation Geflüchteter** soll dabei besonders beachtet werden, denn viele dieser Menschen **leiden unter Diskriminierung, Sprachbarrieren, rechtlichen Hürden und/oder Konflikten bei Zuständigkeiten**. Das kann die Wahrscheinlichkeit von Obdachlosigkeit erhöhen.
- Zur **Bekämpfung von Obdachlosigkeit** wollen wir das Modell „**Housing First**“ ausbauen. Geeignete Wohnräume für „Housing First“ können Wohnungen und umgebaute Notunterkünfte, neugebaute Sozialwohnungen oder auch staatlich angemietete Wohnungen in Mehrparteienhäusern sein. Dabei ist es wichtig, dass diese Wohnungen nicht komplett ausgelagert in einem Randgebiet liegen, sondern in der Stadt verteilt sind. Nur so kann eine erfolgreiche **Wiedereingliederung unter Mitbürger\*innen** stattfinden, ohne weitere soziale Brennpunkte zu schaffen.
- „**Housing First**“ soll in die **Regelfinanzierung aufgenommen werden**, kommunale und private Wohnungsunternehmen sollen sich bei der Bereitstellung von geeigneten Wohnungen beteiligen.
- Unterschiedliche **Gesellschaftsgruppen sollen bei der Wohnungsvergabe berücksichtigt werden**, zum Beispiel Familien oder Menschen mit Behinderung; aber auch Umstände wie Alter oder Geschlecht sollen bei der Auswahl beachtet werden.
- Des Weiteren sollen **ausreichend Sozialarbeiter\*innen, Ansprechpersonen und Mitbewohner\*innen** zur Verfügung stehen, um die betroffenen Menschen hinreichend zu begleiten.
- Der **Kontakt zwischen den Obdachlosen und den Behörden soll durch Streetworker\*innen** als direkte Angestellte der Kommunen übernommen werden.

- Ein erster Schritt zur **Resozialisierung** kann z. B. **über die Grundhygiene** in Form von Duschkarten für Schwimmbäder zu bestimmten Zeiten erfolgen.
- **Wir setzen uns für Tagesstätten ein**, in denen es Möglichkeiten zur sozial(-psychiatrischen) Betreuung durch geschulte Sozialarbeiter\*innen und (Kranken-)Pflegepersonal gibt.
- **Das Angebot an Notübernachtungsstellen soll ausgebaut werden**, sodass es Plätze in ausreichender Zahl gibt.
- Im Umgang mit Suchterkrankungen setzen wir uns für einen **sicheren und überwachten Konsum von Betroffenen** sowie für **Angebote zur Prävention und Bekämpfung** ein.
- Wir möchten die **Erhebung von Daten zu Drogenproblematiken und deren Auswertung durch Expert\*innen** voranbringen. Diese sind von Bedeutung, um die Behandlung und Heilung von Suchterkrankungen wirtschaftlich attraktiv zu machen und nachhaltige Therapiekonzepte zu unterstützen.

## Gelungene Migration

Migration stellt eine Normalität in der deutschen und europäischen Gesellschaft dar und wird auch in Zukunft unsere Gesellschaft beeinflussen. **In Stuttgart haben rund 44 Prozent der Bürger\*innen eine Migrationsbiographie.** Wir stehen dazu, dass Stuttgart durch Einwanderung geprägt ist und betrachten Vielfalt und gegenseitigen Respekt als integralen Bestandteil unseres Miteinanders. **Wir verstehen Integration als einen wechselseitigen Prozess und nicht als eine einseitige Anpassung der zugewanderten Personen.** Für eine gelingende Integration sind eine Aufnahmebereitschaft und Offenheit der Mehrheitsgesellschaft sowie eine Anerkennung der Gesetze sowie Werte (z.B. Religionsfreiheit, Recht auf freie Entfaltung, Gleichberechtigung, keine Benachteiligung, etc.) von allen in Deutschland lebenden Menschen nötig. **Das Ziel von Integration ist es, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken und eine Teilhabe von allen Menschen sowie eine Chancengerechtigkeit zu erlangen.** Die Stadt Stuttgart hat durch das Bündnis für Integration, das im Jahr 2001 vom Gemeinderat verabschiedet wurde, bereits ein umfassendes Konzept für eine Integrationspolitik vorgelegt. Im Rahmen dessen sind in Stuttgart viele Angebote, Maßnahmen und Stellen entstanden, die eine Integration fördern. Allerdings gibt es weiterhin Aspekte, die eine Integration von zugewanderten Personen erschweren bzw. verhindern.

- Die **Ausländerbehörde soll zu einer Willkommensbehörde umgebaut werden**, die sich um alle Belange rund um Migration und Integration kümmert. Dazu sollen neben der Behörde auch verschiedene Beratungsstellen (z.B. Welcome Center, Antidiskriminierungsstelle,

Ausbildungscampus), ehrenamtliche Initiativen, etc. unter einem Dach zusammengebracht werden. Die aktuelle Situation in der Ausländerbehörde, welche durch den starken Personalmangel, ineffiziente Prozesse und versäumte Modernisierung entstanden ist, ist nicht tragbar. Viele Migrant\*innen sind nach zermürendem Warten gezwungen wieder auszureisen, da benötigte Papiere nicht rechtzeitig fertig sind, unzählige Perspektiven und Hoffnungen werden dadurch zerschlagen. Auch können Betriebe ihre freien Ausbildungsplätze nicht besetzen und dringend benötigte Stellen (z.B. in Kitas, Krankenhäusern oder der Industrie) bleiben unbesetzt. Die Verbesserung dieser prekären Verhältnisse muss eine Priorität im Gemeinderat erhalten.

- Für Behördengänge, Abklärung von gesundheitlichen Themen und sonstigen wichtigen Vorgängen (z.B. Kontoeröffnung, Schulanmeldung, etc.) sollen **ab Ankunft in Stuttgart Sprach- und Kulturmittler\*innen zur Verfügung** gestellt werden (nicht erst nach der Anschlussunterbringung).
- **Zugang und Verpflichtung zu Sprachkursen bzw. Schulbesuch von allen zugewanderten Menschen von Beginn an** (unabhängig vom Aufenthaltsstatus). Ausbau von niederschweligen **Sprachkursangeboten** (z.B. mit Kinderbetreuung, in Gemeinschaftsunterkünften, in Kitas, etc.), sodass alle Menschen daran teilnehmen können. Viele Kinder und Jugendliche dolmetschen für die Eltern und kümmern sich um die Briefe, was u.a. zu Fehlzeiten in der Schule führt. Sprachkurse sind außerdem nicht nur zum Erlernen der Grammatik und Rechtschreibung da, sondern vermitteln auch Kultur, Werte oder Lebensweisen. Zusätzlich verbinden Sie Menschen und sorgen so für eine vereinfachte Integration.
- In der Stadt- und Bauplanung sollte die **Unterbringung von Geflüchteten mitgedacht** werden. Be- bzw. entstehende **Einrichtungen sind dabei so zu planen, dass sie flexibel und auch für andere Zwecke genutzt werden können**. Die Stadtverwaltung sollte eine Reserve von Unterkünften bereithalten, welche bei Bedarf genutzt werden können
- **Schaffung von menschenwürdigen Wohnverhältnissen**. Einführung einer **Sozialwohnungsquote** sowie Beratungsstellen für die Wohnungssuche. Durch die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt sowie die hohen Mieten ist die Suche nach geeignetem Privatwohnraum für Menschen mit Migrationsbiographie erheblich erschwert. Kürzere Aufenthalte in den Gemeinschaftsunterkünften, eine dezentrale Unterbringung und Privatwohnraum sind wichtige Voraussetzungen für gelungene Integration.
- **Für alle Geflüchteten werden wir eine umfassende Gesundheitsversorgung von Beginn an sicherstellen**. Dies bezieht sich auch auf den Ausbau von spezialisierten Therapieangeboten.

- **Konzipierung und Bereitstellung von alternativen Qualifizierungsangeboten** mit Fokus auf praktischer Arbeit der Stadt Stuttgart, um den Zugang zu qualifizierter Arbeit zu erleichtern. Die Berufsschule stellt für viele motivierte Migrant\*innen eine große Hürde für die Realisierung einer Ausbildung dar.
- Die **politische Teilhabe von Menschen mit Migrationsbiographie**, vor allem aber auch von ausländischen Bürger\*innen, die 17% der Stadtbevölkerung ausmachen, **soll gefördert werden**. Ergänzend zum Internationalen Ausschuss soll ein **Integrationsbeirat am Beispiel der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung Frankfurt**<sup>22</sup> geschaffen werden.
- **Einrichtung von Begegnungsräumen** und Orten ohne Konsumzwang vor allem in der Stuttgarter Innenstadt, um den Kontakt zur Mehrheitsgesellschaft zu fördern und Aufenthaltsräume zu schaffen.
- **Buddy-Programme** sollen gefördert und unterstützt werden.
- **Ehrenamtliches Engagement im Bereich Integration möchten wir stärker wertschätzen**, bspw. durch attraktive Vergünstigungen durch Ehrenamtskarten oder Ausgabe der Juleica.

## Stuttgart ist vielfältig

In unserem Grundgesetz wurden die Würde des Menschen, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, die Gleichheit aller Menschen sowie ein Verbot von Diskriminierung festgeschrieben. Dennoch sehen sich viele Menschen auch in Stuttgart alltäglich Diskriminierung und Hass ausgesetzt. Der Kampf gegen Diskriminierung und die Anfeindung von Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, Herkunft, sexueller Identität oder religiösen Überzeugung muss eine Selbstverständlichkeit sein. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Grundrechte, gerechte Chancen und gleiche Teilhabemöglichkeiten für alle Menschen uneingeschränkt gewährleistet werden – das sind für uns die Säulen einer demokratischen, vielfältigen Gesellschaft. Rassismus (bspw. anti-schwarzer, anti-asiatischer und anti-muslimischer Rassismus oder auch Antiziganismus) findet in allen Bereichen unseres Zusammenlebens statt. Hassverbrechen wie in Hanau zeigen, wie gefährlich Rassismus ist und welche Konsequenzen er hat. Stuttgart muss sich daher jederzeit gegen Rassismus stark machen.

- Wir setzen uns für eine bessere **Unterstützung für die Opfer und Betroffenen von Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung** ein.

<sup>22</sup> Best Practice: [Frankfurt - Kommunale Ausländerinnen- und Ausländervertretung](http://frankfurt.de) (frankfurt.de)

Dafür werden wir Einrichtungen, die rechtliche, emotionale und psychologische Unterstützung für Betroffene anbieten, unterstützen.

- In Stuttgart wollen wir den **interreligiösen Dialog**, insbesondere zwischen Menschen des jüdischen, islamischen, christlichen Glaubens sowie Agnostiker\*innen und Atheist\*innen fördern.
- In Stuttgart etablieren wir eine **Datenerfassung über Rassismus und Diskriminierung**, um die Faktenlage deutlich zu verbessern. Hierfür regen wir eine **Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen** an, um die Daten und Informationen regelmäßig analysieren und eine Studie zur kommunalen Situation erstellen zu können.
- Wir entwickeln ein **Antidiskriminierungstraining für Mitarbeiter\*innen des Ordnungsdienstes sowie Verwaltungsangestellte** (insbesondere der Ausländerbehörde, des Jobcenters und sozialer Dienste). Der Schwerpunkt liegt auf interkultureller Kompetenz und diskriminierungssensiblen Handlungsstrategien und bezieht sich konkret auf den Arbeitsalltag. Das Training soll jährlich und verpflichtend stattfinden. Ergänzend werden Supervisionen angeboten.
- Wir fördern einen **kultursensiblen Umgang der Polizei** und einen regelmäßigen **Austausch von Migrantenselbstorganisationen und der örtlichen Polizeibehörde**.
- Wir **überprüfen sämtliche Straßennamen und Bezeichnungen** von Orten und Plätzen, die eine koloniale Vergangenheit haben. Wir machen uns stark für Bezeichnungen, die im Zeichen von Antidiskriminierung stehen und einen Perspektivwechsel in Richtung der Opfer und Gegner\*innen des Kolonialismus vornehmen. Des Weiteren streben wir einen **Ausgleich zwischen männlichen und weiblichen Straßennamenspat\*innen** an.
- Wir entwickeln einen **Mechanismus gegen Hasskriminalität**, gemeinsam mit einer behördenübergreifenden Gruppe aus kompetenten Expert\*innen, die potenziell an solchen Konflikten beteiligt sind (Polizei, Bildungssektor, Jugendarbeiter\*innen, Sozialarbeiter\*innen, Wissenschaft, zivile Organisationen usw.). Diese Expert\*innengruppe soll mit der Verantwortung für die lokale Koordination der Beratung und Analyse von entsprechenden Konfliktsituationen betraut werden.

## Jüdisches Leben in Stuttgart schützen

Jüdinnen und Juden leben seit über 1.700 Jahren in deutschsprachigen Regionen. Antisemitismus ist dabei leider immer ein Teil gewesen und nie ganz aus unserer Gesellschaft verschwunden. Nach dem Zivilisationsbruch der Shoah haben wir wieder ein lebendiges Judentum in Deutschland, welches jedoch bedroht wird und deshalb geschützt werden muss. Die Präsenz von jüdischem Leben ist häufig nicht sichtbar, sollte es jedoch sein. Von Gemeinden und ihren Synagogen über alte und

neue Friedhöfe bis hin zu jüdischen Kindergärten und Schulen sind sie zentral in unserer Gesellschaft vertreten. Die Wahrnehmung dieser ist jedoch in den meisten Fällen nicht in der lokalen Mehrheitsgesellschaft gegeben.

- Wir setzen uns dafür ein, dass **Stuttgart und seine Institutionen konsequent gegen jeden Antisemitismus** vorgehen. Dafür soll die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance<sup>23</sup> als Grundlage von Stuttgart angenommen werden.
- Wir fordern, dass **jüdische Einrichtungen bestmöglich geschützt** werden. Hierbei sollten sie fortlaufend und konsequent finanzielle **Unterstützung für Sicherheitsmaßnahmen** bekommen. Ebenso sollen Sicherheitskonzepte mit den lokalen Sicherheitsorganen erarbeitet und regelmäßig aktualisiert und geprüft werden. Hierzu gehören insbesondere bauliche Maßnahmen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass **jüdische Einrichtungen bestmöglich in die kommunalen Strukturen eingebunden** werden. Es braucht konkrete und dauerhafte Ansprechpersonen auf der gesamten kommunalen Ebene. Dadurch sollen bürokratische Hürden abgebaut werden, welche die kommunikative und praktische Arbeit sowie die Kooperation beeinträchtigen.
- Bei **Gedenkveranstaltungen an die Opfer der Shoah sollten die Veranstalter\*innen proaktiv auf Gemeinden zugehen** und diese in die Planung miteinbeziehen. Dadurch wollen wir sicherstellen, dass den Betroffenen und ihren Nachkommen eine öffentliche Stimme gegeben wird.
- Wir setzen uns dafür ein, **verfallene und baufällige jüdische Einrichtungen in einen gesellschaftlichen Kontext zu stellen** und ggf. in **Kooperation mit den zuständigen Stellen zu sanieren**.

## Barrieren für Menschen mit Behinderungen abbauen

Es geht um die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am Leben in der Gesellschaft. Dabei begegnen Menschen mit Behinderungen zahlreichen Barrieren, physischen wie psychischen. Um die Teilhabe zu ermöglichen, müssen sich öffentliche wie private Räume an dem Ideal der Barrierefreiheit messen lassen und sind möglichst barrierearm zu gestalten. Daneben sind Menschen mit Behinderungen oftmals von Diskriminierung und Ableismus bis hin zur Behindertenfeindlichkeit betroffen. Das trifft sowohl Menschen mit sichtbaren Behinderungen als auch Menschen mit nicht sichtbarer Behinderung, insbesondere in den Bereichen Bildung und Arbeit. Auch mangels Begegnung haben viele nichtbehinderte Menschen keine Vorstellung vom Leben mit Behinderung.

---

<sup>23</sup> [holocaustremembrance.com](https://www.holocaustremembrance.com) - Arbeitsdefinition von Antisemitismus (In Übereinstimmung mit dem von volt auf EU-Ebene vereinbartem Mapping of Policies (Challenge 3 - Social Equality, Chapter I, Group D, Number 5))

- Wir setzen uns dafür ein, dass die **Stadt Stuttgart gegen jede Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen** vorgeht. Kommunale Angebote dürfen niemanden ausschließen.
- Die Stadt Stuttgart sollte sich bei den zuständigen Landesbehörden dafür einsetzen, dass **Lehrpläne und insbesondere Inklusionsmaßnahmen bzw. Nachteilsausgleiche auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen angepasst** werden.
- Wir wollen, dass Stuttgart **bei seiner Bauplanung Menschen mit Behinderung im Blick** behält und insbesondere öffentliche Verkehrsmittel, öffentliche Plätze und **öffentliche Gebäude möglichst barrierefrei** gestaltet. Die Mitarbeitenden Stuttgarts sind entsprechend zu schulen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Stuttgart bestehende **Hilfsangebote, insbesondere finanzielle Hilfen, für Menschen mit Behinderungen besser öffentlich kommuniziert**.
- Wir setzen uns dafür ein, an Gedenktagen bezüglich der Verbrechen des Nationalsozialismus auch an der **Ermordung, die Sterilisierung und die Versuche an Menschen mit Behinderungen zu gedenken** und diese bei entsprechenden Gedenkveranstaltungen mit einzubeziehen.
- Wir möchten, dass die Stadt Stuttgart die **Vereinigungen von und für Menschen mit Behinderungen bei ihren Tätigkeiten unterstützt** und z. B. Räumlichkeiten für eine Therapie zur Verfügung stellt.
- Wir fordern, dass sich **kommunale Mitarbeitende mit Gebärdensprache auseinandersetzen** und Erfahrungen in diesem Bereich geteilt werden, um so sprachliche Barrieren abzubauen. Das Dolmetschen und die Ausbildung von **Dolmetschenden soll gefördert werden**.
- Wir setzen uns für **barrierefreien Wohnraum**, z. B. ebenerdige Duschen, ein. Auch bereits vorhandene Bausubstanz soll umgebaut werden können.
- Im Interesse der **Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr** sind wir dafür, dass mehr Plätze für Gehbehinderte, Rollstuhlfahrende, Menschen mit Kinderwagen und Senior\*innen geschaffen werden. Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten sind barrierefrei zu gestalten.
- Wir fordern, dass die Stadt als öffentliche Stelle die **EU-Richtlinie zur Barrierefreiheit** von Websites und mobilen Anwendungen konsequent umsetzt.
- **Barrierefreie Krisenkommunikation** sollte in Stuttgart Standard sein, sodass beim **Katastrophenschutz** die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen mitgedacht werden und z. B. elektronische Notrufe und -dienste flächendeckend Anwendung finden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass **Leitsysteme für Menschen mit Sehbehinderung und Parkplätze für Menschen mit Behinderungen**

freigehalten werden. Die kommunalen Ordnungsämter sollen Verstöße hiergegen konsequenter ahnden.

- Wir setzen uns für eine **ausgeweitete Nutzung von einfacher Sprache** als Ergänzung in der Kommunikation Stuttgarts ein. Dies betrifft insbesondere auch sämtliche kommunale Angebote.

## Geschlechtergerechtigkeit schaffen

Wir sind fest davon überzeugt, dass Geschlechtergerechtigkeit ein zentraler Bestandteil unserer Gesellschaft sein muss. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen die gleichen Chancen und Möglichkeiten wie Männer haben, sei es im Berufsleben, im politischen Raum oder in persönlichen Beziehungen. Feminismus bedeutet für uns, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht respektiert, geschützt und unterstützt werden sollten.

- Wir wollen die **Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz** bei der Vereinbarkeit von Kindern und bezahlter Arbeit in Gesellschaft und Politik erreichen. Daher setzen wir uns für eine Geschlechterquote und familienfreundliche Arbeitsstrukturen ein; hierbei sind wir davon überzeugt, dass staatliche Stellen bei Einstellung und Beförderung eine Vorbildfunktion einnehmen müssen.
- Wir setzen uns für die Etablierung einer ausreichenden **Nachtbeleuchtung** sowie Videoüberwachung für unzureichend beleuchtete, hoch frequentierte Orte (wie bspw. Haltestellen) ein, um nächtliche Heimwege (insbesondere für Frauen) angenehmer und sicherer zu gestalten.
- Wir wollen uns für die **Erweiterung der Plätze in den Frauenhäusern** einsetzen, unabhängig von den momentanen gesetzlichen Mindeststandards.
- Wir erweitern die Abteilung für Chancengleichheit um eine Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbulkonvention<sup>24</sup>.

## Rechte von LGBTIQ+ stärken

Rechte von LGBTIQ+ sind ein wichtiger Bestandteil einer gerechten und inklusiven Gesellschaft. Wir sind davon überzeugt, dass alle Menschen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität oder geschlechtlicher Merkmale, gleiche Rechte und Freiheiten genießen sollten. Wir setzen uns dafür ein, dass Diskriminierung und Vorurteile aufgrund von LGBTIQ+ -Identitäten überwunden werden und dass alle Menschen in der Lage sind, ihre sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität offen und ohne Angst vor Diskriminierung auszudrücken. Wir befürworten daher die Förderung von LGBTIQ+ -Rechten in allen Bereichen des

---

<sup>24</sup> Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt.

öffentlichen Lebens und arbeiten aktiv daran, eine Gesellschaft zu schaffen, in der alle Menschen in ihrer Vielfalt akzeptiert und respektiert werden.

- Wir setzen uns dafür ein, **Queerfeindlichkeit** effektiver zu **bekämpfen**. Zudem soll Queerfeindlichkeit auf kommunaler Ebene gezielter erfasst werden; dies muss mit besseren Beratungsangeboten für Betroffene einhergehen. Die finanzielle Förderung hierfür muss langfristig und unbürokratisch sichergestellt werden.
- Wir wollen uns für eine enge **Vernetzung** Stuttgarts mit queeren Verbänden und Initiativen einsetzen. Bei der Organisation von CSDs und queeren Veranstaltungen muss Barrierefreiheit stets mitgedacht und durchgesetzt werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass es **keine kommunalen Verbote für gleichberechtigte Sprache** geben darf. In der Ansprache von Bürger\*innen durch Angestellte bzw. Beamt\*innen der Stadt muss es die Möglichkeit geben, dass selbst gewählte Namen verwendet werden dürfen.

## Gesundheit

### Zukunftsfähige Pflege

„Jeder Mensch hat einen uneingeschränkten Anspruch darauf, dass seine Würde und Einzigartigkeit respektiert werden. Menschen, die Hilfe und Pflege benötigen, haben die gleichen Rechte wie alle anderen Menschen; sie dürfen in ihrer besonderen Lebenssituation in keiner Weise benachteiligt werden. Da sie sich häufig nicht selbst vertreten können, tragen Staat und Gesellschaft eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Würde.“<sup>25</sup>

Derzeit wird diese Aufgabe zunehmend schwerer, da den pflegenden Angehörigen, zu Pflegenden, Hilfebedürftigen und Pflegekräften nicht die nötigen Kapazitäten wie Personalstärke und Zeit zur Verfügung stehen.

Um diesen Mangel zu beheben, fordern wir eine nachhaltige Quartiersplanung, in der sowohl Jung als auch Alt Platz finden und voneinander profitieren. Auch sollen Einrichtungen für Kinder verstärkt mit Einrichtungen für Ältere kooperieren; dies hat für beide Seiten nachweislich einen positiven Effekt.

### Best Practice: Moers<sup>26</sup>

Das Konzept beinhaltet eine gemeinsame Unterbringung von Kindergarten und Altenheim unter einem Dach und auf einem Gelände und zeichnet sich durch gegenseitige Unterstützung und daraus entstehende Beziehungen aus. In der

<sup>25</sup> [Präambel der Pflegecharta](#) (wege-zur-pflege.de)

<sup>26</sup> Best Practice: [Moers - Haus für Jung und Alt](#) (grafschafter-diakonie.de)

ambulanten Patient\*innenversorgung besteht ebenso wie im stationären Bereich ein Versorgungsmangel. Aufgrund des Pflegenotstandes und des stetig steigenden Bedarfs an ambulanter Pflege kommt es zu einem starken Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage.

## **Best Practice: Niederlande<sup>27</sup>**

Das „Buurtzorg-Modell“ (übersetzt aus dem Niederländischen: Nachbarschaftshilfe) bindet sämtliche an der Versorgung des Menschen beteiligte (Berufs-)Gruppen ein, inklusive der Pflegebedürftigen im Zentrum. Da Buurtzorg aufgrund eines anderen Abrechnungssystems mit einem geringeren Dokumentationsaufwand auskommt, liegt der Fokus auf der Versorgung der zu Pflegenden. Derzeit existieren schon einige Modellversuche, z. B. in Münster und Leipzig. Um bessere Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte, mehr Zeit für den\*die Patient\*innen und klientelzentriertes Handeln zu ermöglichen, wollen wir dieses Modell auch in Stuttgart fördern sowie die Abrechnungsmethode seitens der Kassen vereinheitlichen.

Drei Viertel der pflegebedürftigen Menschen werden entweder durch Angehörige, ambulante Pflegedienste oder eine Kombination aus beidem versorgt. Der Versorgung durch pflegende Angehörige kommt damit weiterhin eine hohe Bedeutung zu. Aus diesem Grund müssen für pflegende Angehörige – zusätzlich zu den bereits bestehenden Möglichkeiten wie beispielsweise den Fachberatungsstellen der Caritas und der Diakonie – weitere Entlastungs- und Unterstützungsmöglichkeiten geschaffen werden. Pflegende Angehörige geraten häufig plötzlich und dementsprechend unvorbereitet in ihre Situation, hier muss Beratung schnell und transparent erfolgen, ohne dass eine lange Suche nach der richtigen Anlaufstelle erforderlich wird.

Pflegepersonal muss auch in für PKWs gesperrte Bereiche fahren dürfen, ähnlich der Post – denn hier geht wertvolle Arbeitszeit verloren. Wir fordern daher gesonderte Parkrechte für Pflegedienstleister\*innen in der Stadt<sup>28</sup> (Best Practice: Masterplan Parken in Köln).

## **Nah und gut: Community Health Center**

Das Konzept der “Community Health Center” (CHC) zielt darauf ab, die primäre pflegerische Versorgung zu bündeln und eine Reihe weiterer Angebote zu bieten, welche der Förderung der Gesundheit dienen. Das CHC soll auch die sozialen Faktoren beleuchten, welche ausschlaggebend für ein gesundes Leben sind. **Sie**

---

<sup>27</sup> Best Practice: [Niederlande - Buurtzorg Nederland](http://burtzoorg.com) (burtzoorg.com)

<sup>28</sup> Best Practice: [Köln - Masterplan Parken](http://meinungfuer.koeln) (meinungfuer.koeln)

## **bündeln unterschiedliche Disziplinen aus den Bereichen Pflege, Suchtberatung, Armutsbekämpfung, Therapie und Medizin.**

Wir möchten einen Schritt weiter gehen und das CHC zum Mittelpunkt der Versorgung ausbauen, sodass vorhandene Strukturen wie Krankenhäuser, Arztpraxen oder Pflegeheime entlastet werden. Das CHC soll von pflegerischen über therapeutische bis hin zu sozialen Aufgaben Dreh- und Angelpunkt bestimmter, definierter Bereiche werden. Perfekt abgestimmt auf die Bedürfnisse und Wünsche der in der Gemeinde lebenden Menschen. Teilhabe, Chancengleichheit und Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit sind damit einhergehende Aspekte, sodass kulturelle, soziale, wirtschaftliche und rechtliche Barrieren überwunden werden können. Die CHC lassen sich im Rahmen der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung sowie durch Zuschüsse der einzelnen Kommunen finanzieren. Dadurch kann die Stadt Stuttgart mit ihren Stadtteilen auf lokale Gegebenheiten reagieren, den individuellen Bedarf korrekt ermitteln und Einfluss auf die Ausgestaltung nehmen.

Daraus ergeben sich fünf Bereiche, die interdisziplinär unter einem Dach arbeiten, um die Gesundheit der Menschen in der Gemeinde zu fördern.

Wir setzen uns für ein Pilotprojekt in Stuttgart auf den Fildern ein, da dort der Altersdurchschnitt am höchsten ist und der Pflegebedarf in den nächsten Jahren stark ansteigen wird. Stuttgart zieht durch die hohen Lebenshaltungskosten wenig neues Personal an, was sich auch in den Zahlen der Absolvent\*innen bei der generalistischen Pflegeausbildung widerspiegelt. Es kam zu einem Rückgang von 9 % beim Abschließen von Ausbildungsverträgen in BW. Durch den demografischen Wandel verschärft sich der Pflegefachkräftemangel enorm und es werden bis zu 4000 zusätzliche Pflegekräfte nötig sein.<sup>29</sup> Die Abwanderung von Fachpersonal in andere Bereiche oder Teilzeitarbeit verschärft die Situation zunehmend.

Durch eine attraktive Arbeitsatmosphäre, geregelte Arbeitszeiten und gute Bezahlung können neue, motivierte Pflegekräfte angeworben werden, um an der Veränderung des Gesundheitswesens in Stuttgart mitzuwirken.

Die fünf Bereiche, in denen ein CHC aktiv ist, sind:

- Prävention und Suchtberatung
  - Beratungen, Schulungen und Workshops zu Verhalten- und Verhältnisprävention, sowie zu Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention
  - Primäre Anlaufstelle für Suchtberatung oder
- Integration, Inklusion und Isolations- und Armutsbekämpfung

---

<sup>29</sup> [Knapp 600 weniger Azubis in Pflegeberufen in BW als 2021](#) (swr.de)

- Einen Ort der Begegnung schaffen, mit Betreuungsangeboten, Festen und Workshops, bei dem Alt und Jung zusammenkommen, geleitet von geschulten Alltagsbegleiter\*innen
- Eine Mensa oder ein Cafe mit täglich wechselnden Mittagstischen, welche von Menschen mit Einschränkungen oder Menschen, die Tagesstruktur benötigen, geführt werden, mit günstigen, für alle bezahlbaren Preisen.
- Pflege
  - Speziell geschulte Pflegefachkräfte übernehmen kontinuierlich die Steuerung, Koordination, Überwachung und Leitung des Centers.
  - Examierte Pflegekräfte übernehmen die Pflegeleistungen vor Ort oder zu Hause und führen Anleitungen, Schulungen und Beratungen für betroffene und Angehörige durch
  - Pflegehilfskräfte oder ehrenamtlich tätige Menschen (aus der Community) übernehmen delegierbare Pflegeleistungen zu Hause oder geben Unterstützung bei Alltagsaktivitäten
- Therapie
  - Schnelle und unbürokratische Überweisung an Physio- oder Ergotherapie und Logopädie
  - Anleitungen, Schulungen und Beratungen für betroffene und Angehörige
  - Hausbesuche bei Bedarf
- Medizin
  - Speziell ausgebildetes Pflegepersonal kann bei Bagatellerkrankungen Diagnosen und Therapien verordnen und ersetzt die primäre medizinische Einschätzung
  - Direkter Kontakt zu ärztlichem Personal für schnelle Überweisungen zu benötigten Fachärzt\*innen
  - Schwangerschaftsberatung/Geburtsvorbereitung

### **Best Practice: Ontario, Kanada<sup>30</sup>**

Gemeindegesundheitszentren (Community Health Centres, CHC) sind Gesundheitsdienstleister, die Menschen in Ontario Primärversorgung, Aufklärung und andere Gesundheitsdienste anbieten. Sie können die Dienste der CHCs ohne Überweisung in Anspruch nehmen, und einige CHCs stellen auch Rezepte für häufige Krankheiten in Apotheken aus.

### **Vorsorge ist besser als Nachsorge**

Für uns ist eine präventive Gesundheitspolitik vorrangig, um nachgeordnete höhere Kosten zu vermeiden. Die bereits bestehenden Angebote sollen ausgebaut,

---

<sup>30</sup> Best Practice: [Ontario - Community Health Center](https://www.ontario.ca) (ontario.ca)

fortgeschrieben und unterstützt werden. Kinder müssen in Kita und Schule in gesunder Lebensführung unterwiesen werden. Hierbei sind die Eltern einzubinden, zu informieren und zu unterstützen. In Zusammenarbeit mit Hochschulen können entsprechende Infobroschüren, Spiele, Filme usw. zu den Themen Ernährung und Bewegung erstellt und beworben werden.

## Medizinische Versorgung

Im Bedarfsfall müssen Anlaufstellen und Informationen für Betroffene übersichtlich und zentral aufgeführt sein. Eine Integration dieser Information erfolgt primär in die Stuggi-App aber auch an sämtlichen CHCs sowie Ämtern der Stadt in Form niedrigschwelliger Informationsmöglichkeiten wie bspw. Flyern in mehreren Sprachen.

## Kostenfreie Menstruationsartikel

Um Periodenarmut bekämpfen zu können und allen Betroffenen hygienisches Menstruieren zu ermöglichen, bedarf es des kostenfreien Zugangs zu Menstruationsprodukten in allen öffentlichen Gebäuden, wobei hier vorrangig von Binden und Tampons die Rede ist. Menstruationshygiene ist weder eine Wahl noch ein Luxus, sondern eine Notwendigkeit. Ebenso wie Toilettenpapier in öffentlichen Toiletten zur Verfügung gestellt wird, sind auch Menstruationsprodukte hier anzubieten.

- Wir fordern daher die **Verteilung kostenloser Menstruationsprodukte** unter anderem in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, Ämtern und Behörden, Sportstätten, Krankenhäusern, Obdachlosenheimen, Frauenhäusern und Tafeln.

## Umgang mit Suchtproblemen

In einer Großstadt wie Stuttgart treten Phänomene wie Drogensucht oder Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit in konzentrierter Form auf. Davor wollen wir nicht die Augen verschließen.

- Wir setzen uns stattdessen dafür ein, auf die Krankheit und das Problem in **akzeptierender Art und Weise auf die Betroffenen zuzugehen**, anstatt sie aus der Öffentlichkeit zu verbannen.
- Dazu gehören beispielsweise **Flächen und Räume, in denen Abhängige „sauber“ Drogen konsumieren können**, immer verbunden mit umfangreichen Angeboten zur Suchtprävention und -bekämpfung. Ein unemotionales Verständnis der gegenwärtigen Lage ist der Schlüssel zu einem guten Umgang mit solchen Problemen.
- Kostenfreie **Drug-Checking-Angebote** in Verbindung mit Aufklärungsarbeit wollen wir unterstützen, um die Sicherheit unserer Bürger\*innen zu erhöhen.

## 7 Stuttgart als Europastadt

Stuttgart ist eine global vernetzte Stadt mit starker internationaler und unbedingt europäischer Ausrichtung, in der Menschen aus der ganzen Welt in bunter Vielfalt vereint zusammenleben. Ob in Kultur oder Wirtschaft, vom Sport bis in all die zahlreichen persönlichen Verwebungen des Alltags prägt diese Offenheit das Antlitz unseres kommunalen Miteinanders.

In vielen Aspekten ist eine gute Zusammenarbeit in Europa unerlässlich: Sei es bei der Förderung städtischer Projekte, beim kulturellen Austausch oder um unseren Betrieben vor Ort einen möglichst guten Zugang zu qualifizierten Arbeitskräften und zu einem grenzenlosen, lukrativen Absatzmarkt zu bieten. Aus all diesen Gründen ist es für uns wichtig, die Integration zwischen Stuttgart, anderen europäischen Städten und der EU zu verstärken. Als Mitglied der Eurocities<sup>31</sup> bekennt sich Stuttgart mit Leidenschaft zur europäischen Idee und ist bestrebt, mit allen kommunalen Möglichkeiten und im Verbund mit über 100 weiteren europäischen Städten Europa überall vor Ort mit Lust zu leben und zu fördern. Stuttgart soll die Europäische Union als einzigartigen Friedensgarant demokratisch nach Kräften mitgestalten und darauf hinwirken, dass die europäische Einigung auch politisch vollzogen wird.

- Volt will hierfür das Engagement Stuttgarts als Teil der **Eurocities** sichtbar und wirkmächtig stärken – gerade auch im Rahmen des Städtetags Baden-Württemberg sowie des Deutschen Städtetags – und Stuttgart nach dem Vorbild von Städten wie Karlsruhe oder Frankfurt am Main als «Europastadt Stuttgart» ausrufen.
- Alle kommunalen Gebäude sollen stetig und verlässlich mit der **Europafahne** beflaggt sein.
- Stuttgarts Mitgliedschaft im **Pact of Free Cities** als einem Zusammenschluss von Städten auf der ganzen Welt, die sich vorbehaltlos der Demokratie, der Freiheit und der Unantastbarkeit der Rechte jeder und jedes Einzelnen verpflichteten, soll öffentlich bekräftigt werden und dauerhaftes Leitbild der Stadt sein.
- Wir sind der festen Überzeugung, dass die EU positive Auswirkungen auf Stuttgart und die Stuttgarter Bürger\*innen hat und wir als Gesellschaft davon profitieren. Deshalb muss die Stadt auch dafür sorgen, dass die Vorzüge der EU sowie die EU selbst sichtbar werden und sie proaktiv

<sup>31</sup> Eurocities: <https://Eurocities.eu/>

bewerben. Dafür halten wir eine **aktive Kommunikation** über die EU innerhalb Stuttgarts für sinnvoll – mit positiven Inhalten wie:

- abgerufenen Zuschüssen aus der EU für kommunale Unterstützungen
- Subventionen für lokale Organisationen oder Projekte
- wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Stadt durch die EU
- wichtigen Institutionen und Organen der EU
- EU-Parlamentarier\*innen aus der Region als Ansprechpersonen
- Wir möchten, dass Stuttgart sich aktiv in Europa vernetzt und an Angeboten und Programmen von EU-Institutionen teilnimmt (bspw. des Europäischen Ausschusses der Regionen).
- Durch den Fokus der lokalen Verwaltung sowie der lokalen gewählten Mandatstragenden auf europäische Vernetzung und Austausch möchten wir das europäische Gemeinschaftsgefühl stärken, zu einem besseren Verständnis zwischen den vielfältigen Lebensrealitäten innerhalb der EU beitragen und das Zusammenwachsen über nationale Grenzen hinweg fördern.

## Erleichtertes Ankommen für EU-Bürger\*innen

- Mit einem wachsenden Anteil ausländischer Mitbürger\*innen wächst die Nachfrage nach mehrsprachigen Informationen über die neue Umgebung. Daher fordern wir die Schaffung eines **EU-Welcome-Desks** als erste Anlaufstelle für EU-Bürger\*innen, der alle Informationen online und in physischer Form bündelt. Angegliedert wird dieses an das Welcome Center Stuttgart.
- Relevante Informationen werden von den sprachlich und interkulturell gut ausgebildeten Mitarbeiter\*innen des EU-Welcome-Desk gesammelt, verdichtet, in verständliche und anschauliche Form (Checklisten, Prozessbeschreibungen) gebracht und den Zuzügler\*innen in allen weit verbreiteten Sprachen zur Verfügung gestellt. Das Informationsangebot soll auch auf der Homepage der Stadt sowie in der Stuggi-App (siehe Kapitel 9) zu finden sein. Die Aktualität der Informationen wird regelmäßig von den Angestellten des EU-Welcome-Desk geprüft. Darüber hinaus soll ein physisches Büro mit Sprechstunden und telefonischer Beratung (kurzfristig auf Englisch, mittelfristig auch in anderen Sprachen) angeboten werden.
- Als Teil der umfassenden Unterstützung der Integration fordern wir die Etablierung eines **ehrenamtlichen Patenschaftsnetzwerks** unter dem Schirm des EU-Welcome-Desk. Dadurch wird nicht nur die Ankunft für neue Mitbürger\*innen erleichtert und ein gut vernetztes Zusammenleben erleichtert, sondern auch Bürger\*innen die Möglichkeit zum interkulturellen Austausch und zur Verbesserung der Sprachkompetenz geboten.

## **Best Practice: Expat Welcome Desk Brüssel<sup>32</sup>**

Der Welcome-Desk ist in Brüssel seit über 25 Jahren ein Angebot für EU-Bürger\*innen und Unternehmen, die neu in Belgien bzw. Brüssel sind, um einen leichteren Einstieg zu schaffen. Das Angebot umfasst die Bereiche Arbeit, Bildung, Versicherung, Wohnen, Transport, Steuern, soziale Sicherheit und Leben, Informationen zu den Behördenverfahren sowie praktisches Wissen für das alltägliche Leben.

## **Städtepartnerschaften leben**

Die bislang zehn Städtepartnerschaften auf vier Kontinenten sollen um eine volle Städtepartnerschaft mit dem ukrainischen Chmelnyzkyj erweitert werden. Hierfür muss die bisherige Solidaritätspartnerschaft entsprechend ausgebaut werden. Die bestehende Städtepartnerschaft mit dem russischen Samara soll weiterhin gelten, doch sind alle offiziellen Kontakte dorthin mindestens solange zu unterbinden, bis Russlands Krieg gegen die Ukraine beendet und die volle ukrainische Souveränität sowie territoriale Integrität der Ukraine wiederhergestellt ist. Sämtliche Geldmittel für die Partnerschaft mit Samara sollen in den Aufbau der Partnerschaft zu Chmelnyzkyj umgewidmet werden. Alle Städtepartnerschaften müssen auf sämtlichen kommunalen Ebenen öffentlichkeitswirksam ausgebaut werden. Insbesondere Schulen, Vereine und kulturelle Einrichtungen sollen darin bestärkt werden und mit neuen entsprechenden Formaten begeistern sowie dabei finanziell in größerem Umfang als bisher gefördert werden.

- Volt tritt dafür ein, die 2012 begonnenen gemeinsamen Schüler\*innenparlamente mit Straßburg jährlich durchzuführen sowie das Bürger\*innenbegegnungsprojekt CitCom nachdrücklich zu beleben, zu forcieren und dauerhaft zu implementieren.
- Außerdem treten wir für den Aufbau je einer **gemeinsamen parlamentarischen Versammlung des Stuttgarter Gemeinderates mit den Stadtparlamenten von Brno, Lodz und Straßburg** nach dem Vorbild der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung aus Assemblée Nationale und Deutschem Bundestag ein mit regelmäßigen öffentlichen Sitzungen, legislativen Kompetenzen und institutionalisierten Strukturen.
- Wir regen zusätzlich an, gültige Abonnements für den ÖPNV in allen Partnerstädten als gültige Abonnements im Geltungsbereich des VVS anzuerkennen.
- Die Städtepartnerschaften auf dem afrikanischen Kontinent wollen wir nutzen, um Europas Verantwortung dem globalen Süden gegenüber stärker

---

<sup>32</sup> Best Practice: [Brüssel - Expat Welcome Desk](#) (commissioner.brussels)

gerecht zu werden. Ein intensives Kennenlernen der anderen Stadt, der anderen Kultur und der anderen Bedürfnisse bietet die Grundlage für einen stärkeren Austausch von Gütern und Arbeitskraft. In Stuttgart sehen wir mittelfristig und bedingt durch den demografischen Wandel einen steigenden Bedarf an Arbeitskraft, der durch zielgerichtete Migration gelöst werden kann.

## 8 Klima/Nachhaltigkeit/ Umweltschutz

### Mehr Grün in Stuttgart

Städte nehmen durch die hohe Dichte an Gebäuden besonders viel Energie der Sonne auf, gleichzeitig geben sie wenig Fläche für die Aufnahme von Regenwasser in den Boden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, in den Städten und vor allem in stark betroffenen Bereichen mehr Grünfläche zu ermöglichen – durch Parks, aber auch mit einzelnen Bäumen und Sträuchern. Das erhöht die Luftqualität, reduziert die Hitze und sorgt für mehr Feuchtigkeit durch Verdunstung.

Durch Gemeinschaftsgärten haben auch Bürgerinnen und Bürger in dicht besiedelten Gebieten die Möglichkeit, einen eigenen Garten zu führen, während gleichzeitig Biotope die Biodiversität erhöhen. Als Best Practice nehmen wir uns die Heinz-Sielmann-Stiftung<sup>33</sup> als Vorbild, die sich schon seit über 25 Jahren für die Entstehung und den Erhalt von Biotopen einsetzt.

Wir wollen uns dem bundesweiten Ziel zur Verbesserung der Abfallsituation anschließen. Hierfür wollen wir uns für eine verbesserte Versorgung mit öffentlichen Abfalleimern einsetzen, damit weniger Abfall auf den Straßen landet und nicht in Gewässer gelangt. Das Ordnungsamt muss vermehrt Präsenz zeigen und Bußgelder müssen konsequent durchgesetzt werden, öffentlichkeitswirksam möglich wäre dies, analog zum Blitzermarathon, beispielsweise im Rahmen des World Cleanup Days. Kampagnen wie "Sauberes Stuttgart" müssen sich an wissenschaftlich erwiesener Wirksamkeit ausrichten.

### Wasserverbrauch senken, Wasserbewusstsein stärken und Schwammstadt schaffen

Wie die vergangenen Jahre und Sommer gezeigt haben, ist auch das Thema Wassermanagement etwas, womit sich Stuttgart beschäftigen muss. Die Probleme lassen sich vor allem durch einen besseren Umgang mit dem vorhandenen Wasser lösen. Regenwasser besitzt keine Trinkwasserqualität, doch es kann problemlos für die Bewässerung von Grünanlagen und zur Toilettenspülung genutzt werden, wofür aktuell wertvolles Trinkwasser verbraucht wird. Dafür müssen in öffentlichen

<sup>33</sup> Best Practice: [Heinz Sielmann Stiftung](http://sielmann-stiftung.de) (sielmann-stiftung.de)

Neubauten die nötigen Systeme verbaut werden, sodass diese als Vorbild für den Privatsektor wirken können. Wir schlagen vor, vor allem für das Auffangen von Starkregen, Regenwasserrückhaltebecken und entsprechende Konzepte, z. B. das der Schwammstadt (Gebäudebegrünung, Entwässerungsmulden statt Abläufen, etc.) umzusetzen, um so die Wasserversorgung auch in Extremzeiten konstant zu sichern und Überschwemmungen zu verhindern.

## **Landwirtschaft regional und innovativ**

Die Landwirtschaft spielt eine entscheidende Rolle im Naturschutz, dem Klimaschutz und natürlich der nachhaltigen Versorgung mit Nahrungsmitteln. Deshalb setzen wir uns für eine Förderung von regionalem Anbau und Vermarktung ein (z. B. durch eine kommunale Förderung von Markthallen nach Best Practice in Frankfurt und Kassel, in denen regionale Erzeuger\*innen ihre Produkte anbieten), auch durch bessere Kommunikationsnetzwerke mit den Kommunen, um so die lokale Wirtschaft zu stärken und das Klima zu schützen.

Gleichzeitig wollen wir die Landwirtschaft durch neue Innovationen verbessern, um Wasser effizienter zu nutzen, und uns dafür einsetzen, dass Landwirt\*innen vermehrt von konventioneller auf ökologische und biologische Landwirtschaft wechseln. Dabei fördern wir alte und neue Konzepte wie HypoWave+ (Wasserwiederverwertung) und Agri-Photovoltaik (bspw. PV-Anlagen über landwirtschaftlich nutzbare Felder) oder Agro-Forstwirtschaft.

Boden- sowie Gewässerschutz soll durch nachhaltige Humuswirtschaft und das Festlegen von Schutzzonen erreicht werden. Indoor Farming wie Hydroponik, Aeroponik, Aquaponik wird an Instituten wie dem Fraunhofer-Institut und der Universität Hohenheim erforscht und weiterentwickelt. Aufgrund dessen fordern wir die weitere Unterstützung dieser Forschung, der Projekte und der Kollaboration mit diesen Instituten. Zudem sollte geprüft werden, inwieweit diese Version von Farming (Indoor, Rooftop und Vertical Farming) in Stuttgart durchführbar ist und im Tandem mit Partnern aus der Wirtschaft zur Ernährungssicherheit beitragen könnte.

## 9 Die moderne Verwaltung für alle (on- & offline)

Die hoffnungslose und sogar zunehmende Überlastung der Bürgerbüros in Stuttgart durch chronische Unterbesetzung und immer neue Aufgaben schreit nach lösungsorientierten, mutigen Vorschlägen, die die überlasteten Mitarbeitenden in den Büros entlasten und die Bürger\*innen so wenig Zeit und Aufwand wie möglich kostet. Dabei ist sie nur ein Symptom einer überforderten städtischen Verwaltung, die die Möglichkeiten der Digitalisierung seit Jahren verpasst. Volt Stuttgart drängt für die Kommunalwahl 2024 auf zeitgemäße Lösungen, die auch dafür sorgen, dass Menschen ohne Internetzugang sowie Beschäftigte im öffentlichen Dienst nicht vor lauter Digitalisierung vergessen werden.

Andererseits verfügt unsere Stadt schon über eine Vielzahl gut funktionierender Services und für jede\*n verfügbare Annehmlichkeiten wie z.B. öffentliche Trinkbrunnen (von denen jedoch viele Stuttgarter\*innen nichts wissen). Dafür wollen wir eine Stuggi-App entwickeln, die den Menschen zeigt, wo sie z.B. gelbe Säcke bekommen, wann die Müllabfuhr an ihrer Adresse hält und wann welche Ämter und Stellen geöffnet haben.

### Stuggi-App

Volt Stuttgart setzt sich für eine mobile Applikation für Android- und iOS-Mobilgeräte als zentrales Kommunikationswerkzeug der Stadt mit ihren Bürger\*innen sowie zentrales Informationswerkzeug aller Services der Stadt und ihrer Partner für Stuttgarter\*innen und Besucher\*innen der Stadt ein. Die aktuelle App "Landeshauptstadt Stuttgart" (Play Store - 2,9 Sterne, App Store - 2,1 Sterne) kommt bei Nutzer\*innen offensichtlich nicht besonders gut an und stellt lediglich eine Art Browser ohne intrinsischen Mehrwert dar.

### Digitalisierung der Verwaltung: Bürgerbüros entlasten

Wir setzen uns für die Digitalisierung der Verwaltungsdienstleistungen ein, um effizientere Alternativen zu analogen Prozessen zu schaffen. Um die Verwaltungsdigitalisierung voranzutreiben, möchten wir den folgenden Maßnahmenkatalog verfolgen:

## Aufbau digitaler Kompetenzen & eAkte

- Durch die Einführung von „Digital Leadership“-Programmen werden Führungskräfte der Verwaltungseinrichtungen gesondert bezüglich der Digitalisierung gestärkt.
- Fortbildungen sollen allen Mitarbeitenden Kenntnisse im Bereich der Digitalisierung vermitteln.
- Papierakten werden sukzessive durch elektronische Akten, eAkten, ersetzt.

## Die BundID als einheitliches Benutzerkonto

- Vom Bauantrag über die Verlängerung deines Persos bis hin zum Kita-Antrag gibt es bundesweit hunderte Verwaltungsservices, die digitalisiert werden müssen. Auch in Stuttgart. Dazu ist engmaschige Abstimmung mit den beteiligten Kommunen, Bund und Ländern vonnöten. Mithilfe einer Stabsstelle für den Bereich Digitalisierung oder einer Digitalisierungsbürgermeister\*in sollen deutschlandweite Standards mit anderen Gemeinden abgestimmt werden (z.B. die Nutzung der BundID als deutschlandweites Bürgerkonto) und Schnittstellenkompatibilität hergestellt werden.
- Verwaltungsservices werden in Stuttgart abgestimmt mit anderen deutschen Kommunen entwickelt und nach dem etablierten „Einer-für-Alle“-Prinzip (EFA) mit interessierten Kommunen geteilt.
- Ebenfalls sollen passende, nach dem EFA-Prinzip realisierte Verwaltungsservices anderer Gemeinden auch für Stuttgart beschafft werden.
- Über die Stadtgrenzen hinaus beteiligt sich Stuttgart über die Stabsstelle am Austausch mit den benachbarten Kommunen im Rems-Murr-Kreis, Böblingen, Ludwigsburg und Esslingen, um eine regionale Entwicklungskooperation zur Digitalisierung der Verwaltung zu fördern.

## Kein Mensch wird vergessen

- **Auch die besten Digitalisierungslösungen helfen Stuttgarter\*innen ohne Internetzugang oder IT-Kenntnissen nicht.** Daher ist es essentiell, dass die Stuttgarter Bürgerbüros nach wie vor in voller Breite und in allen Stadtteilen für den Publikumsverkehr geöffnet sind. Das digitale Angebot soll die Büros daher lediglich für Mitbürger\*innen entlasten, die immer noch gerne zum Schalter gehen.
- Inklusion ist uns ein wichtiges Anliegen: Deshalb sollen alle Verwaltungsdienstleistungen auch die Bedürfnisse benachteiligter Personengruppen berücksichtigen und so verständlich und barrierefrei gestaltet werden.

- Digitale Angebote sollen neben der deutschen Sprache stets auch in englischer Sprache angeboten werden sowie idealerweise in weiteren Sprachen, die von vielen unserer Mitbürger\*innen häufig gesprochen werden, etwa Türkisch.

## Monitoring der Fortschritte bei der Verwaltungsdigitalisierung

Wir möchten Transparenz zur Verwaltungsdigitalisierung schaffen. Über den Fortschritt hierbei soll daher stets berichtet werden. Hierzu planen wir, zunächst den IST-Zustand der kommunalen Verwaltungsdigitalisierung transparent darzulegen. Anschließend sollen realistische kurz-, mittel- und langfristige Ziele auf Basis einer nach lokalen Prioritäten (z. B. Häufigkeit der Nutzung oder dringlichster Bedarf bestimmter Verwaltungsdienstleistungen) ausgehenden Priorisierung formuliert werden. Über den aktuellen Fortschritt und die bereits aufgewandten sowie verplanten Ressourcen soll regelmäßig berichtet werden.

## Stuttgart: ein attraktiver Arbeitgeber

Nicht besetzte Stellen führen unter anderem dazu, dass wichtige stadtplanerische Projekte wie der "Erlebnisraum Neckar" immer wieder verschoben werden müssen, die Bearbeitungszeit bei Bauanträgen viel zu lang ist und wichtige infrastrukturelle Projekte wie der Ausbau der Radwege nicht voran kommen. Um die Personalengpässe im öffentlichen Dienst zu beheben, müssen die Jobs im Vergleich zur Privatwirtschaft konkurrenzfähig gemacht werden. Volt Stuttgart befürwortet:

- Fortführung des kostenlosen ÖPNV & der städtischen Services (Bibliotheken, Schwimmbäder, Kinderbetreuung, etc.) für Beschäftigte im öffentlichen Dienst
- Ein Kontingent an **Dienstwohnungen**, die zu attraktiven Konditionen an Beschäftigte im öffentlichen Dienst vergeben werden
- Einführung flexibler **Teilzeitmodelle**
- **Homeoffice** als zeitgemäße Option für so viele Stellen wie möglich
- Expertenwerbung durch **übertarifliche Entlohnung**, vor allem im Digitalisierungs- & Bildungsbereich
- Schaffung einer positiven **Fehlerkultur**, welche die Bediensteten der Stadt dazu ermutigt, Entscheidungen zu treffen und Verantwortung zu übernehmen
- Attraktive Möglichkeiten zu **Weiterbildung** und entsprechend vorgehaltenes Budget
- Freiräume sowie interessante und sinnstiftende Aufgaben für Mitarbeitende auf allen Ebenen der Verwaltung

- Optimierung des Einstellungsprozesses, um Bewerber\*innen schneller Rückmeldung geben zu können

Nach dem "Bleibebarmeter Öffentlicher Dienst" des Bundesinnenministeriums können sich 80 % aller Befragten vorstellen, den Arbeitgeber zu wechseln. Es braucht mehr Flexibilisierung, bspw. durch mehr projektbasiertes Arbeiten statt Linienorganisation sowie mehr Wertschätzung durch Führungskräfte.<sup>34</sup>

## Aufbau digitaler Kompetenzen bei Bürger\*innen

Das digitale Ehrenamt soll als zusätzliche Säule den Aufbau digitaler Kompetenzen bei Bürger\*innen unterstützen. Hierunter verstehen wir Menschen, die als Digitallehrer\*innen agieren und kostenlose Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten. Sie sollen von der Stadt Stuttgart durch Räumlichkeiten, Technik, Fahrtickets oder Ähnliches unterstützt werden.

## Digitalisierung der Bildung

Wir fordern, dass Stuttgart im Rahmen seiner Möglichkeiten Schulen und Hochschulen fortwährend eine angemessene und vor allem einheitliche und niedrigschwellig nutzbare digitale Infrastruktur zur Verfügung stellt, um Schüler\*innen, Lehrkräfte, Studierende und Erwachsene in Bezug auf die Digitalisierung aus- und weiterzubilden sowie digitale Bildung in allen Themenbereichen bestmöglich zu unterstützen. Dazu gehören eine schnelle und stabile Internetanbindung, WLAN-Hotspots und moderne Medientechnik. Wir sehen eine Grundausstattung mit geeigneten digitalen Endgeräten für Schulen als notwendig an. Es werden zwei Modelle vorgeschlagen: Leihvergabe von Endgeräten oder das „Bring-Your-Own-Device“-Konzept. Die Digitalisierung kann auch die Organisation und Verwaltung des (Hoch-)Schulbetriebs erleichtern. Fachkräfte für die Wartung und Pflege der digitalen Infrastruktur sind notwendig, um den zusätzlichen Aufwand zu bewältigen.

## Digitalisierung von Stadträten

Für eine erfolgreiche Ratsarbeit ist es notwendig, dass Informationen zu aktuellen Verwaltungsanliegen für alle Interessensgruppen leicht zugänglich sind. In Stuttgart dagegen werden Informationen oft in entlegenen Winkeln des Verwaltungsapparates versteckt. Um den Zugang zu diesen Informationen niedrigschwellig zu gestalten, möchten wir verständliche digitale Ratsinformationssysteme einführen und öffentliche Sitzungen online übertragen.

---

<sup>34</sup> PWC- Studie: [Fachkräftemangel im öffentlichen Sektor](https://www.pwc.de/de/foerderung/fachkraeftemangel-im-oeffentlichen-sektor) (pwc.de)

Je nach Bedarf Stuttgarts ermöglicht die Etablierung bzw. Erweiterung der Ratsinformationssysteme zudem eine effektive, attraktive und transparente Ratsarbeit. Hierdurch werden Hemmschwellen zur politischen Teilhabe abgebaut.

## Informationssicherheit

Mit fortschreitender Digitalisierung steigt die Komplexität der IT. Dadurch entstehen immer mehr Sicherheitsrisiken. Angriffe und Systemausfälle führen jährlich zu finanziellen Schäden, Einschränkungen bei Dienstleistungen und dem Missbrauch der Daten von Bürger\*innen in betroffenen Kommunen. Eine mögliche Ursache für Angriffe sind fehlende IT-Kenntnisse zum sicheren Betrieb von Informationstechnologie und auch fehlende Werkzeuge und Prozesse zur Prävention von Cyberrisiken auf kommunaler Ebene.

- Wir möchten, dass Verwaltungsmitarbeiter\*innen permanent und proaktiv für die sichere Anwendung von IT-Systemen und zum richtigen Verhalten bei Vorfällen geschult werden.
- In der kommunalen Verwaltung genutzte IT-Systeme sollen nur verwendet werden dürfen, solange durch die Anbieter beziehungsweise Hersteller regelmäßige Sicherheitsaktualisierungen bereitgestellt und diese auch umgehend eingespielt werden.
- Es müssen regelmäßige Sicherheitsüberprüfungen stattfinden, um Schwachstellen zu finden und zu beheben.
- Die Zusammenarbeit Stuttgarts mit Verbänden und Vereinen im Bereich der IT-Sicherheit soll gestärkt werden.

Unser Ziel sind angemessene Sicherheitsstandards, beispielsweise im Rahmen einer Zertifizierung Stuttgarts nach dem Informationssicherheitsstandard ISO/IEC 27001. Darüber hinaus kann ein Kompetenzpool zur Unterstützung von kommunaler Informationssicherheit helfen; wir wollen uns bei der Landesregierung dafür stark machen.

## Netzausbau

Um in der heutigen Zeit nicht nur Bürger\*innen digitale Dienste anzubieten, sondern auch wirtschaftlich wettbewerbsfähig zu bleiben, benötigen wir eine hochwertige und schnelle Netzinfrastruktur an allen relevanten Standorten. Im OECD-Vergleich vom Juli 2022 liegt Deutschland auf den hinteren Plätzen hinsichtlich des Glasfaserausbaus – und auch die durchschnittliche Internetgeschwindigkeit sowie die Stabilität ist in Deutschland eher gering. Für uns ist ein wesentliches Ziel, auf kommunaler Ebene eine hochwertige Netzinfrastruktur aufzubauen, die alle Bürger\*innen an das Internet anbindet.

Ergänzend zu einem notwendigen Bürokratieabbau zur Genehmigung von Netzinfrastrukturen in unter- und oberirdischer Verlegung verpflichten wir uns dem folgenden Zielkatalog:

## Breitbandausbau

- Wir möchten den Ausbau von stabilen, symmetrischen **Glasfasernetzen** in Stuttgart konsequent fördern, bei denen Upload-Geschwindigkeiten an die Download-Geschwindigkeiten angeglichen werden (1:1 Ratio). Mit der "Gigabitregion Stuttgart" ist die Stadt in Kooperation mit der Telekom schon auf dem richtigen Weg.
- Eine Mindestgeschwindigkeit des Netzes von 200 Mbit/s im Download halten wir für notwendig: Unabhängig von der bereitgestellten Technologie (Kabel, DSL, etc.) sollte allen Bürger\*innen diese Geschwindigkeit zur Verfügung stehen.
- Im Zuge des Breitbandausbaus ist sicherzustellen, dass nicht nur die Gebäude, sondern auch die Wohn- bzw. Geschäftseinheiten die Anschlüsse nutzen können. Aktuell findet eine Ausbauoffensive der Weißen und Grauen Flecken statt – doch viele der Anschlüsse liegen mangels Inhouse-Lösung ungenutzt im Haus.

## Öffentliches WLAN und LoRaWAN

Das Internet ist heutzutage eine wichtige Ressource und ein einfacher Zugang dazu ist essentiell, da wichtige Informationen und Katastrophenwarnungen darüber verbreitet werden. Kostenlose Internetzugänge an öffentlichen Orten können die Sicherheit, Bildungsmöglichkeiten und politische Teilhabe verbessern und Orte der Begegnung attraktiver machen. Wir möchten sichere, kostenlose WiFi-Hotspots an kommunalen Begegnungsstätten ausbauen und prüfen, ob Fördermöglichkeiten, wie das WiFi4EU-Programm der Europäischen Kommission, genutzt werden können. Geeignete Platzierungen sollen durch Befragung der Bürger\*innen ermittelt werden.

Wir möchten auch dazu beitragen, ein flächendeckendes LoRaWAN-Netz (Long Range Wide Area Network - ein Netzwerk welches Daten zu technischen Einrichtungen der Stadt und deren Nutzung übermitteln kann) auf kommunaler Ebene zu schaffen, indem notwendige Technik auf öffentlichen Gebäuden installiert wird. Anwendungsfälle für solch ein Netz sind zum Beispiel smartes Wasser-, Park- oder Abfallmanagement. Dabei können Daten wie Füllstand, Feuchtigkeit im Boden, Temperatur oder Flächenbelegung mehr als 30 km zwischen Sender und Empfänger übertragen werden. Privacy by Design ist

ebenfalls gegeben: Für Datenschutz sorgt die geringe Bandbreite der Frequenzen. Bilder und Videos können nicht übertragen werden.

## **Best Practice: Smarte City Frankfurt<sup>35</sup>**

In Frankfurt werden LoRaWAN-Sensoren bereits erfolgreich zur intelligenten Bewässerung von Bäumen und Grünanlagen, zum Parkraummanagement und zur Effizienzüberwachung von Heizzentralen im kommunalen Wärmenetz eingesetzt.

## **Smart-City**

Städte der Zukunft vernetzen sich mit digitalen Technologien, um das Umfeld ihrer Bürger\*innen und Organisationen einfacher, nachhaltiger und günstiger zu gestalten. Wir möchten die nachfolgenden Forderungen umsetzen, um Kommunen bereit für die Zukunft zu machen.

## **Umsetzung von Projekten**

Im Rahmen der Umsetzung von Projekten planen wir die folgenden Maßnahmen:

- Für die Umsetzung kommunaler Projekte vorgesehene Budgets sollen Bürger\*innen im Rahmen der Smart-City-Strategie über eine Webseite transparent gemacht werden. Sie ermöglichen so die direkte Vergleichbarkeit mit anderen Kommunen.
- Wir möchten ein **Smart-City-Ausbildungsprogramm** für Mitarbeiter\*innen der kommunalen Verwaltung verankern. Ebenso soll es für Bürger\*innen und Organisationen bedarfsgerechte Aufklärungsveranstaltungen über den Umgang mit und die Potenziale von Smart-City-Projekten geben.
- Für die Umsetzung und Weiterentwicklung der Smart-City-Strategie soll eine dedizierte Smart-City-Koordination benannt werden, die die Abstimmung mit anderen Kommunen übernimmt und Bürger\*innen sowie Organisationen die bedarfsgerechte Anteilnahme an laufenden und geplanten (Pilot-)Projekten anbietet.
- Wir möchten Projekte stets langfristig denken und laufend den geplanten Betriebs- und Wartungsaufwand ermitteln, dokumentieren und optimieren. Die Nutzbarkeit der Lösungen für Bürger\*innen und Organisationen steht hierbei im Vordergrund.

---

<sup>35</sup> Best Practice: [Wie LoRaWAN Frankfurts Stadtleben prägt](https://www.mainova.de/de/lo-ran-wan) (mainova.de)

## Open Data & Open Source

Wesentlich für erfolgreiche Smart-City-Projekte sind für uns die Schaffung von Standards für Open Data und, wo möglich, die Nutzung von Open-Source-Lösungen.

Stadtverwaltungen verfügen über eine Vielzahl an Daten, die jedoch oft nicht zur breiten Nutzung verfügbar sind. Open Data könnte deutschlandweit einen Mehrwert von 40 Mrd. € pro Jahr bieten und bis zu 20.000 neue Arbeitsplätze schaffen<sup>36</sup>. Es gibt bereits kommunale Open-Data-Plattformen, doch diese bieten oft zu wenig Mehrwert; zudem fehlen Standards, Ressourcen und Expertise. Wir schlagen vor, eine verbesserte und nutzungsfreundlichere Plattform zu schaffen oder zu adaptieren sowie Schnittstellen zur Visualisierung, Analyse und Prognose der Daten bereitzustellen. Des Weiteren sollten die Kommunen Open-Source-Lösungen bevorzugen und auf gemeinsame und offene Schnittstellenstandards achten.

Zudem fordern wir die Schaffung einer Open-Data-Plattform für Stuttgart, auf welcher sich Bürger\*innen kostenlos und intuitiv über ihre eigene Stadt informieren können.

## Veröffentlichung von kommunalen Daten

Um die vielfältigen Potenziale von Open Data nutzbar zu machen, sehen wir folgende Notwendigkeiten:

- Kommunen müssen **Open-Data-Plattformen** betreiben, auf denen alle vorhandenen, relevanten Daten (z. B. Geodatenätze, Umweltdaten usw.) einfach zugänglich und maschinenlesbar bereitgestellt werden. Vorhandene Daten sollen ohne Vorwissen nutzbar sein.
- Um in Zukunft auch europaweite Synergien von Open Data nutzen zu können, sollten sämtliche Daten mindestens **in deutscher sowie englischer Sprache** veröffentlicht werden.
- Bei der Bereitstellung von Daten und Open-Data-Plattformen ist es aus unserer Sicht notwendig, dass Kommunen so weit wie möglich zusammenarbeiten und **Synergieeffekte auch für kleinere Kommunen** entstehen.

---

<sup>36</sup> [Digitales Gold – Nutzen und Wertschöpfung durch Open Data für Berlin](https://www.berlin.de/digital-gold) (berlin.de)

## 10 Bildung

### Frühkindliche Bildung

#### Bildungsangebot diversifizieren und ausweiten

Angebote der Kinderbetreuung sind Voraussetzung dafür, dass Eltern einer beruflichen Tätigkeit nachgehen können. Doch primär ist die frühe Kinderbetreuung wichtig, da sie in der Förderung von Kindern einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit leistet. Kinder können dort Kontakte zu Gleichaltrigen aufbauen und von altersgerechten Bildungsangeboten profitieren. Erzieher\*innen unterstützen und begleiten sie dabei. Durch vielfältige Angebote, Aktivitäten und unterschiedliche pädagogische Konzepte fördern sie die soziale, emotionale, körperliche und geistige Entwicklung des Kindes umfassend und individuell.

- Wir fordern, dass das Angebot **frühkindlicher Bildung** ausgeweitet wird. Alle Formen frühkindlicher Förderung in Vorschulen, Kindergärten und ähnlichen Einrichtungen (Sport, Kunst, Musik) sollen für alle gleichermaßen zugänglich sein. Wir wollen die Möglichkeiten schaffen, Kinder zu innovativem und unabhängigem Denken zu erziehen. Sport und Bewegung, Musik und Kunst, Sprach- und Kulturvermittlung sowie Umwelt- und Gesundheitsthemen sollen die individuelle Entfaltung von Persönlichkeit und Potenzial ermöglichen und Kinder auf die Anforderungen des Alltags und der Gesellschaft vorbereiten.
- Durch **kostenlose und gesunde Verpflegung**, verknüpft mit pädagogischen Elementen, wollen wir den interkulturellen Austausch sowie das Ernährungs- und Gesundheitsbewusstsein stärken. Sinnvoll dafür sind unter anderem gemeinsame Kochtage in regelmäßigen Abständen.
- Wir möchten insbesondere auf Förderbedarf von Kindern mit Defiziten bzw. Hochbegabung eingehen. Dabei soll gerade die sprachliche Frühförderung und Integration ausgebaut werden.
- Kinder sollen bei Bedarf durch regelmäßige **Förderkurse** in der Kita mit dem Erlernen von **Deutsch als Alltagssprache** auf die Schule vorbereitet werden.
- Wir wollen fördern, dass in Kindergärten auf spielerische Weise erste Kenntnisse der **englischen Sprache** vermittelt werden. Ebenso unterstützen wir eine zweisprachige Erziehung von Kindern im Immersionsmodell, wo dies angeboten werden kann.

- Wir setzen uns für die **Stärkung der Verkehrserziehung** ein, damit Kinder spätestens mit dem Eintritt in die Schule diese selbstständig erreichen können.
- Wir möchten zudem, dass in Kindergärten Projekte gefördert werden, bei denen Kinder soziales Handeln erlernen. Sie sollen sich als Teil der Gesellschaft begreifen, anderen helfen lernen, die Gleichheit aller Menschen verstehen, Werte der Gesellschaft verinnerlichen und Verantwortung für Klima und Umwelt erlernen. Wir unterstützen hierzu auch Projekte, bei denen regionale Partner\*innen einbezogen werden, um ein interaktives Lernen zu ermöglichen.

## Kinderbetreuung verfügbar und bezahlbar machen

Die Kinderbetreuungsstätten kämpfen neben dem Fachkräftemangel auch mit Geldnot. Dies führt zu verkürzten Öffnungszeiten, Vergrößerungen der Gruppen und insgesamt einer schlechteren Betreuungs- und Arbeitssituation für Kinder, Eltern und Erzieher\*innen. Die Gebühren der Kitas fallen bundesweit sehr unterschiedlich aus. Sie dürfen keinesfalls zum Hindernis werden für die frühkindliche Förderung oder Gleichberechtigung von Eltern. Wir teilen hierzu die von Mitgliedern von Volt Esslingen ins Leben gerufene Initiative "Bezahlbare Betreuung Jetzt".

- Anhand einer Überwachung der Geburtenzahlen sollen rechtzeitig Pläne erstellt werden, um den absehbaren Bedarf an Kitaplätzen bedienen zu können.
- Zur Sicherstellung der Qualität der Kita soll ein Betreuungsschlüssel von 3 : 1 für Kinder unter 3 Jahren und von 7,5 : 1 für Kinder über 3 Jahren nicht überschritten werden. Die Kinder sollen dabei in **festen, altersgemischten Gruppen mit klaren Bezugspersonen** eingeteilt werden.
- Wir wollen erreichen, dass der Beruf der Erzieher\*in attraktiver wird. Das beinhaltet eine Finanzierung der Ausbildung durch kommunale Unterstützungsgelder in Höhe des Schüler\*innen-BAföGs und bezahlte Tätigkeiten in den Praxisphasen. Zudem setzen wir uns dafür ein, die Ausbildungskapazitäten für Erzieher\*innen auszuweiten sowie sie innerhalb staatlicher Einrichtungen finanziell mit Grundschullehrer\*innen gleichzustellen.
- Wir unterstützen daher die Umsetzung eines familienfreundlichen Umschulungsprogramms. Dabei sollen Praxisphasen auch in Teilzeit ermöglicht und Theorieteile in einer Mischung aus klassischer Berufsschule und E-Learning vermittelt werden. So soll der Berufsabschluss „Staatlich geprüfte\*r Erzieher\*in“ auch für Quereinsteiger\*innen möglich sein und ideale Ausbildungsbedingungen bieten.

- Wir setzen uns darüber hinaus auch für ständige Qualifizierung der Erzieher\*innen im Bereich der **Digitalisierung** und Medienbildung ein. Wir halten das Erstellen eines Digitalisierungskonzepts für Kitas für notwendig.
- Wir möchten die Eltern von Kindergartenkindern unterstützen. Zu diesem Zeitpunkt wird die Grundlage für späteres Verhalten der Kinder gelegt. Daher sollte man schon früh die Eltern mit einbinden und sie begleiten. Eltern können beispielsweise über eine App-gestützte Plattform (z.B. Stuggi-App) besser für die gegenseitige Unterstützung bei der Kinderbetreuung eingebunden und gleichzeitig entlastet werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass der Service des "Kitafinder"<sup>37</sup> weiter verbessert wird. So könnten vorhandene Plätze in einem Portal gesucht und bestehende Beratungs- und Vermittlungsangebote rechtzeitig und übersichtlich bekannt gemacht werden. Dies schließt die umfassende Vorstellung der Einrichtungen mit deren Öffnungs- und Schließzeiten mit ein.

## Ausstattung und Struktur der Schulen

Als Schulträgerin ist die Stadt für die Ausstattung der Schulen verantwortlich. Dabei ist es nicht nur ihre Aufgabe, moderne und funktionstüchtige Gebäude bereitzustellen und genug Personal anzustellen: In ihrem Zuständigkeitsbereich liegt auch, Schüler\*innen über den Unterricht hinausgehend Wissen fürs Leben beizubringen, ihr Wohlbefinden in der Schule zu verbessern und dabei die Schulen auch ein Stück weit klimafreundlicher zu machen.

## Schulgebäude und Lerninfrastruktur auf Höhe der Zeit halten

Eine wichtige Grundvoraussetzung für den Erfolg des Unterrichts sind intakte und moderne Gebäude in allen Bildungsbereichen. Die Stadt hat als Schulträgerin die Verantwortung, hierfür zu sorgen. Deshalb setzen wir uns für Folgendes ein:

- Bei der kontinuierlichen Beurteilung der Gebäude und der Schulausstattung soll das **Feedback von Schüler\*innen und Eltern** eingefordert und berücksichtigt werden. Durch eine transparente Darstellung des Ist-Zustandes der Schulgebäude sowie der geplanten Projekte sollen dabei Möglichkeiten zur Mitgestaltung geschaffen werden.
- Durch passende räumliche Voraussetzungen für **Ganztagsplätze** können insbesondere die Bedürfnisse sozial benachteiligter Kinder berücksichtigt werden.
- Schulgebäude müssen fortlaufend daraufhin überprüft werden, wo eine Sanierung und wo ein Neubau sinnvoller wäre. Hierbei sollen ein Fokus auf

---

<sup>37</sup> [Kitafinder](https://www.kitafinder.stuttgart.de) (stuttgart.de)

die energetische Sanierung der Gebäude gelegt und ökologische Aspekte (z. B. in Schulhöfen) berücksichtigt werden.

- Schulen sollen für mehr Nachhaltigkeit und zur Plastikvermeidung mit Wasserspendern ausgestattet werden.

## Personalengpässen in Schulen vorbeugen

Damit in Schulen mehr Personal angestellt werden kann, möchten wir folgende Rahmenbedingungen schaffen:

- Durch zusätzliche Einstellungen wollen wir multiprofessionelle Teams aus Erzieher\*innen, Sozialpädagog\*innen, Logopäd\*innen, Motopäd\*innen und Psycholog\*innen u. ä. schaffen und Kitas und Schulen damit unterstützen.
- Die Stadt muss Erzieher\*innen und Lehrer\*innen stärker bei der Suche nach passendem Wohnraum helfen und bei Bedarf auch finanziell unterstützen.
- Spezielle Programme für Kinder mit Förderbedarf und Hochbegabung sollen mit mehr Personal ausgestattet werden.

## Attraktive schulische Rahmenbedingungen schaffen

Schulen sollten verstärkt darauf achten, dass ein angenehmes Lernklima für die Schüler\*innen geschaffen wird. Der Schulbesuch umfasst aber weit mehr als nur den eigentlichen Unterricht, sondern beinhaltet z. B. auch den Schulweg oder die Verpflegung in der Schule.

- Wir wollen den Schüler\*innen einen **sicheren Schulweg** garantieren und setzen uns daher für die Erreichbarkeit aller Schulen über sichere, ausreichend beleuchtete Geh- und Fahrradwege ein. Zudem sollen Busrouten, wenn möglich, ausgebaut werden.
- Ein späterer Schulbeginn beeinflusst Noten, Aufmerksamkeit und Pünktlichkeit positiv. Auch werden die Schulwege der Kinder sicherer. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der **Schulbeginn auf 9 Uhr** verlegt wird.
- Wir wollen alle Schulen und Kitas in die Lage versetzen, täglich **kostenlose, gesunde, regionale und ökologisch nachhaltige Verpflegung** anzubieten.

## Inklusion

Lange Zeit wurden Menschen mit Behinderung auf ihre Behinderung reduziert, ausschließlich in Förderschulen unterrichtet und bis zum Rentenalter in Behindertenwerkstätten angestellt. Dabei wünschen sich viele von ihnen, in der Gesellschaft und auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Anschluss zu finden. Sie wollen mitreden und mitmachen, ohne reduziert und ausgegrenzt zu werden.

Inklusion in der Schule ist hier ein wichtiger Schritt zum Ziel einer gleichberechtigten Gesellschaft.

Inklusive Bildung bedeutet, das Schulleben und den Unterricht so zu gestalten, dass alle Schüler\*innen zusammen lernen können. Und zwar unabhängig davon, ob bei einigen von ihnen eine Behinderung (in der Fachsprache: erhöhter Förderbedarf) oder spezielle Begabung vorliegt oder nicht. Wir fordern die Schule für Alle. Wir möchten dafür die folgenden Maßnahmen auf den Weg bringen.

- **Inklusionshelfer\***innen sollten in großem Maße zur Verfügung gestellt und karitative Verbände dabei unterstützt werden, diese Integration für alle Kinder im Grundschulbereich umzusetzen. Gleichzeitig muss der Prozess für die Genehmigung von Inklusionshelfer\*innen entbürokratisiert und beschleunigt werden. So können Kinder schneller Unterstützung erhalten, sobald ein Bedarf festgestellt wird. Es ist auch wünschenswert, dass Grundschulkinder ihre Inklusionshelfer\*innen beim Wechsel an die weiterführende Schule behalten dürfen, um den Kindern das Einleben an der neuen Schule zu erleichtern.
- Die sprachliche Förderung und Integration benachteiligter Kinder soll ausgebaut werden. Wir schlagen die Einführung eines Pools vor, in dem zusätzliche Fachkräfte wie Logopäd\*innen und Ergotherapeut\*innen angestellt werden und zwischen den Schulen wechseln.
- Wir setzen uns für eine stärkere Aufklärung über Behinderungen ein. Allein das Wissen über die Situation von Personen mit Behinderung bringt oft auch mehr Verständnis für ihr Verhalten mit sich. Dieses Verständnis kann durch die Förderung inklusiver Räume und Angebote wie der Schule für Alle vertieft werden und für mehr soziale Kontakte zwischen Menschen mit und ohne Behinderung sorgen.

## Berufliche Ausbildung

In vielen Bereichen gibt es einen stark wachsenden Mangel an beruflichen Fachkräften. Dieser Mangel hemmt die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands. Am häufigsten fehlen Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung sowie Spezialist\*innen und Expert\*innen bestimmter Berufsgruppen. So werden vielerorts Pflegekräfte, Handwerker\*innen, Bus- und Bahnführer\*innen, uvm., aber auch akademische MINT-Berufe händeringend gesucht.<sup>3839</sup> Viele Ausbildungsstellen bleiben jedes Jahr unbesetzt. Es gibt vielfältige Gründe:

---

<sup>38</sup> [Regionale Fachkräftesituation](#) (kofa.de)

<sup>39</sup> [Interaktive Karte: Azubi vs. offene Stellen](#) (kofa.de)

- Die Ausbildungswünsche der Jugendlichen passen nicht zu den offenen Ausbildungsstellen.
- Der ÖPNV ist schlecht ausgebaut oder es fehlen wichtige Querverbindungen, damit entsteht ein Flexibilitätsdefizit in der Mobilität.
- Es fehlt die gesellschaftliche Anerkennung von Ausbildungsberufen im Allgemeinen und bei bestimmten Ausbildungsberufen im Besonderen.
- Die Ausbildungsvergütung ist niedrig.
- Es fehlt an günstigen Wohnungen für Auszubildende.

Aus diesen Gründen werden rund 25 % der geschlossenen Ausbildungsverträge wieder aufgelöst.<sup>40</sup>

- Wir fordern den Bau von mehr **Ausbildungswohnheimen**, um Auszubildenden die Möglichkeit zu geben, ihre Wunschausbildung anzutreten und nicht durch ihre finanzielle Situation und teure Wohn- und Lebenshaltungskosten eingeschränkt zu werden.
- Wir wollen Berufe, für die es wegen einer geringen Bekanntheit oder eines schlechten Images weniger Ausbildungsbewerber\*innen gibt, durch geeignete **Informationskampagnen** attraktiver machen. Hierzu gehört auch eine Weiterentwicklung der Berufsorientierung.
- Über kommunale Vernetzung zwischen Schulen, Kommunen und Unternehmen (z. B. durch Schaffung einer entsprechenden Online-Plattform) wollen wir es Kleinst- und Kleinunternehmen, welche in Deutschland 96 % aller Unternehmen ausmachen, erleichtern, passende Auszubildende zu finden. Kooperationen mit Ausbildungszentren und anderen Kleinstunternehmen sollen hierbei gezielt gefördert werden.
- Wir fordern, dass allen Schüler\*innen unabhängig ihres Bildungsganges regelmäßige Praxistage in den Betrieben ermöglicht werden sowie Schulen einen leichteren Zugang zu Expert\*innen der Berufswelt erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass unterrichtsbegleitend Berufspraxis und Berufsvorbereitungswshops durch Fachpersonal aus Handel, Handwerk und Industrie verwirklicht werden können.
- Wir sehen weitere Potenziale bei ungelernten Erwachsenen sowie Einwanderer\*innen. Diese möchten wir durch eine gezielte Integration über Berufsschulmaßnahmen zum (Fach-)Spracherwerb vorbereiten, damit motivierte und berufserfahrene Menschen aus dem Ausland zügig in den Arbeitsmarkt eintreten können. Ebenfalls bedarf die Anerkennung von Qualifikationen und Abschlüssen einer Entbürokratisierung.

---

<sup>40</sup> [Berufsbildungsbericht](https://www.bmbf.de/Berufsbildungsbericht) (bmbf.de)

- Wir fordern bessere Aufklärung und Befähigung von Auszubildenden bezüglich ihrer Rechte gegenüber ihren Arbeitgeber\*innen. Hierfür sollten entsprechende Inhalte in den Berufsschulen unterrichtet werden.
- Wir unterstützen ERASMUS+<sup>41</sup>, ein Programm für grenzüberschreitende Projekte und Partnerschaften zum Zwecke der Berufsbildung, indem wir Unternehmen und Schüler\*innen in beruflicher Ausbildung über das Programm informieren und für die Teilnahme motivieren.

---

<sup>41</sup> [Erasmus+](#) (erasmus+)